

UNIA DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT. **work**

Die Baby-Falle: Mit dem ersten Kind kommt die Ungleichheit. Seite 11

Pussy- Power

**Aufstand der Frauen
gegen Trump und
andere Frauenfeinde.
Die Analyse, die
Bilder und was in der
Schweiz läuft. Seiten 8-9**

FOTOS: PETER MOSIMANN, REUTERS, 123RF

Blindenheim muss blechen

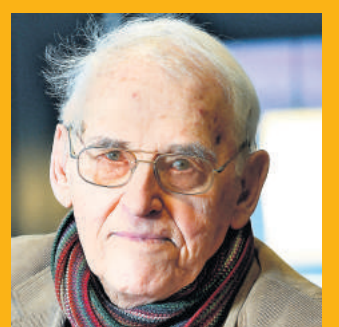
Hartnäckigkeit lohnt sich: Pflegende bekommen Lohn nachbezahlt. Seite 3

Durchbruch auf dem Bau

Unia und Baumeister sind sich einig. Das bringt der Abschluss. Seite 2

Helmut Hubacher: Die Abrechnung

Das SP-Urgestein (90) im grossen Interview über die USR III, fehlgeleitete Genossen und hinterhältige Finanzminister. Seiten 4-5





workedito
Marie-Josée Kuhn

STEUERBSCHISS

Helmut Hubacher traut der Unternehmenssteuerreform III nicht über den Weg. Und dem Finanzminister schon gar nicht. «Maurer ist ein Leichtmatrose und heimtückisch», sagt der 90jährige Sozialdemokrat und Gewerkschafter im grossen work-Interview (Seiten 4–5).

71 Jahre ist Hubacher schon in der Politik. Halb so lange, wie es die SP gibt. Doch so einen frechen Bschiss wie die Unternehmenssteuerreform II hat er noch nie erlebt. «Damals hat uns Hans-Rudolf Merz über den

Tisch gezogen und von kleinen Steuerausfällen geredet.» Eine schamlose Lüge, wie sich dann herausstellte.

Niemand kann die Ausfälle beziffern.

Doch jetzt, mit der Reform III, gehe es wieder los: «Niemand kann die Steuerausfälle konkret beziffern.» Ein bundesrätliches Versteck- und Verwirrspiel. Schon nur deshalb stimmt Hubacher am 12. Februar Nein. Und er ist nicht allein.

GLAUBWÜRDIGKEIT. Das Nein-Lager holt massiv auf. Zumindest zeigt das die neuste SRG-Umfrage. Die Wende kam mit Eveline Widmer-Schlumpf. Im «Blick» distanzierte sich die ehemalige Finanzministerin und «Mutter» der Steuerreform kürzlich von «ihrem Kind». Sie kann es kaum wiedererkennen. Zu hemmungslos hat das rechtsbürgerliche Parlament gewütet und die Vorlage mit Steuerschlupflöchern für Konzerne und ausländische Aktionäre vollgestopft. Dabei horten die internationalen Konzerne in den diversen Steuerparadiesen heute schon weit über 2,3 Billionen Franken an Schwarzgeld (Seite 6). Das Parlament strich zudem die geplante Gegenfinanzierung. Die Steuerreform sei «aus der Balance», kritisiert deshalb Widmer-Schlumpf und warnt «vor Mindereinnahmen, die man heute noch gar nicht sieht». Im Unterschied zu Leichtmatrose Maurer hat Widmer-Schlumpf das gewisse Etwas: Glaubwürdigkeit.

BLÖDSINN. Nichts von der monströsen Unternehmenssteuerreform III hält auch der freisinnige Solothurner Finanzpolitiker Christian Wanner. Nein danke, sagen die Bieler FDP-Finanzdirektorin Silvia Steidle und Lehrerverbandspräsident Beat W. Zemp («Steuerlücken führen zu Bildungslücken»). Es scheint, als seien die Steuerbschiss-Experten, der Gewerbeverband und Economiesuisse diesmal zu weit gegangen. Gewerbeverbandschef Ulrich Bigler liess in seiner welschen Abstimmungszeitung für sein Ja sogar ein Foto fälschen. Jetzt hat ihn ein Gericht zurückgepfiffen. Und Ueli Maurer versteigt sich zur Drohung: Ein Nein wäre eine Riesenkatastrophe. Da kann der grosse Hubacher nur lächeln. Blödsinn! «Wenn das Volk Nein sagt, gibt es eine bessere Vorlage.» Punkt.

Die Unia und der Baumeisterverband haben sich geeinigt Keine Lohnerhöhung, dafür mehr Schutz vor Lohndumping

Die Verhandlungen in der Baubranche bringen den Büzern einige Vorteile. Der grosse Wurf ist aber nicht gelungen.

RALPH HUG

Unia-Bauchef Nico Lutz kommentiert das Verhandlungsergebnis verhalten: «Die Baumeister wollen nichts von einer generellen Lohnerhöhung wissen, das ist unbefriedigend.» Sie blockten in der Lohnfrage bis zum Schluss, mit Hinweis auf die gestiegenen Kosten bei der Frühpension ab 60 sowie auf die negative Teuerung. Dies, obwohl

Jetzt gibt es einen Franken mehr fürs Zmittag.

die Bauleute hart arbeiten und seit nunmehr drei Jahren auf mehr Lohn warten.

Immerhin wird nun die Entschädigung fürs Mittagessen um einen Franken erhöht. Das macht für einen guten Teil der Bauarbeiter im Monat 20 Franken mehr im Portemonnaie. Und, so Lutz: «Wir haben im Vertrag für uns wichtige Punkte besser geregelt und auch den Parifonds gesichert.»

Aus diesem paritätisch (also von Arbeitnehmern und Arbeitgebern) finanzierten Topf werden die Durchführung und die Kontrollen zum Landesmantelvertrag, aber



ANSTRENGENDER JOB: Büzern auf der Baustelle der Bahnlinie zwischen Genf und Annemasse (F). FOTO: KEYSTONE

auch Kurse für die Aus- und Weiterbildung bezahlt.

KRITISCHE FINANZLAGE

Weil der Parifonds in der Vergangenheit zu viel Vermögen anhäufte, sanken die Beiträge 2013. Inzwischen ist das Vermögen abgebaut. Gleichzeitig sind aber die Bildungskosten gestiegen. Unia-Mann Lutz: «Die Finanzlage wurde

kritisch und eine Lösung dringlich.» Jetzt sollen die Beiträge für die Baumeister wieder um 0,1 Prozent und für die Bauarbeiter um 0,15 Prozent auf das Niveau von vor 2013 steigen. Zusätzlich zahlt der Parifonds künftig rund 20 Prozent weniger an die Kurse. Der Ausfall wird in den meisten Fällen von den Firmen übernommen.

Ausserdem haben sich die Gewerkschaften und die Patrons darauf geeinigt, dass Arbeiter, die drei Jahre Erfahrung auf dem Bau haben, in der Regel von der Lohnklasse C für unerfahrene Bauarbeiter in die besser bezahlte Klasse B aufsteigen. Gewerkschafter Lutz: «Das ist eine wichtige Präzisierung, um Missbräuche zu verhindern.» Immer häufiger haben unseriöse Baufirmen einen Grossteil ihrer Angestellten in der tiefsten Lohnklasse entlohnt. Dies, obwohl sie während Jahren auf dem Bau arbeiteten und gut qualifiziert waren.

Mit der neuen Regelung im Vertrag können die paritätischen

Kommissionen wirksam gegen diese Form von Lohndumping vorgehen. Ebenfalls Anpassungen gab es bei der Krankentaggeldversicherung. Hier haben sich die Versicherungsbedingungen so geändert, dass ein guter Teil der Bauarbeiter bei gleichen Leistungen künftig tiefere Prämien bezahlen wird.

BASIS ENTSCHEIDET

Erst kürzlich hat die Konferenz der Unia-Baupräsidenten dem Paket nach einer ausführlichen Diskussion mit vielen kritischen Voten zugestimmt. Definitiv entscheiden wird die Berufskonferenz, die Anfang März stattfinden soll. Auch die Baumeister-Basis muss noch zustimmen.

Sowieso: Auch nach dieser Einigung gehen die Verhandlungen dieses Jahr weiter. Lutz sagt mit Nachdruck: «Die längst fällige Lohnerhöhung sowie Fortschritte beim Schutz gegen Schlechtwetter und beim Kündigungsschutz für Ältere bleiben auf der Agenda. Sie sind für uns ein Muss!»

Auf einen Blick: Die Resultate

PLUS

- Nach drei Jahren steigt ein Bauarbeiter bei normaler Leistung in der Regel von der Lohnklasse C in die Lohnklasse B auf.
- Die effektive Prämie für die Krankentaggeldversicherung wird geteilt. Das erhöht für viele Bauarbeiter den Nettolohn.
- Für die Mittagsentschädigung gibt es 1 Franken mehr. Das sind pro Monat 20 Franken mehr im Portemonnaie.
- Der Parifonds ist dank höheren Beiträgen gesichert.

MINUS

- Erneut gibt es für 2017 keine Lohnerhöhung.
- Der Parifonds wird für die Bauarbeiter teurer, und die Leistungen sinken.
- Über Verbesserungen beim Kündigungsschutz für Ältere, Schlechtwetter sowie Bekämpfung von Lohndumping muss die Unia weiterverhandeln.



Die grösste Gewerkschaft der Schweiz wächst weiter Unia – jung und kämpferisch

In der Schweizer Industrie gingen 2016 viele Jobs verloren. Trotzdem legt die Unia zu.

SABINE REBER

Ende 2016 zählte die Gewerkschaft 201 170 Mitglieder und damit leicht mehr als im Vorjahr. Den stärksten Zuwachs verzeichnete die Unia im Dienstleistungssektor (plus 3,7 Prozent). Der Tertiärbereich ist mit 55 000 Mitgliedern mittlerweile der grösste Sektor. Besonders fällt in der Mitgliederstatistik auch auf, dass die Unia sich verjüngt. Das Durchschnittsalter der Unia-Mitglieder liegt bei 42 Jahren, 90 Prozent sind Erwerbstätige.

Unia-Präsidentin Vania Alleva freut sich: «Die positiven Zahlen zeigen, dass wir mit unserem konsequenten Einsatz für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit auf dem richtigen Kurs sind.» Der Erfolg ist alles an-



UNIA-PRÄSIDENTIN ALLEVA: «Wir sind auf Kurs.» FOTO: PETER MOSIMANN

dere als selbstverständlich, zumal in der Industrie auch 2016 viele Stellen verloren gingen und entsprechend die Mitgliederzahlen in diesem Sektor etwas sanken (minus 2,8 Prozent).

IM BETRIEB. Dass die Unia das Niveau halten konnte, sei vor allem dem grossen Engagement

der Sekretärinnen und Sekretäre und der aktiven Mitglieder in den Betrieben zu verdanken.

Der Dienstleistungsbereich ist jetzt der grösste Unia-Sektor.

Alleva präzisiert: «Trotz oder gerade wegen der antigewerkschaftlichen Politik, Einschüchterung und Angstmake von rechts sind die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter voll aktiv.» Immer wichtiger werden dabei auch die sozialen Medien, wo die Unia unterdessen eine breit abgestützte Präsenz hat.

Die grösste Gewerkschaft der Schweiz müsse aber weiterwachsen, denn das politische Umfeld werde nicht einfacher, sagt die Unia-Präsidentin: «Wir brauchen in Zukunft noch mehr Engagement von unseren Leuten, gerade auch bei der Mitgliederwerbung.»

Blindenheim Bern muss Betreuerinnen Zulagen nachzahlen 100 000 für Nachtwachen



LÄSST TIEF BLICKEN: Adventsfenster im Blinden- und Behindertenzentrum im Berner Länggassquartier. FOTO: B-BERN.CH

Nur weil sich die Beschäftigten hartnäckig wehrten, bekommen sie jetzt ihr Geld.

CHRISTIAN EGG

Das Blinden- und Behindertenzentrum Bern muss 15 Betreuerinnen insgesamt rund 100 000 Franken nachzahlen. Rückwirkend auf die letzten sieben Jahre! Jede der Frauen erhält also mehrere Tausend Franken. Je höher das Pensum, desto mehr Geld gibt's. Der Grund: Das Heim hat über Jahre die Lohnzuschläge für Nachtwache nicht ausbezahlt. Schuld sei ein «Programmierungsfehler im Lohnsystem» gewesen, so Heimsprecher Benjamin Dodell gegenüber work. Bis das Heim diesen Fehler aber zugab, brauchte es einiges.

ETWAS STIMMT NICHT

Die betroffenen Betreuerinnen hatten schon lange das Gefühl, dass in der Lohnabrechnung etwas nicht

stimme. Andrea Dobler* sagt, sie sei bereits vor Jahren bei der Personalabteilung vorstellig geworden, «aber sie konnten es mir nicht verständlich erklären».

Tatsächlich setzt sich der Lohn der Nachtwachen aus verschiedenen Komponenten zusammen. Eine davon ist die sogenannte Nachtzulage. Sie beträgt 5 Franken pro Stunde Nachtwache und wird abgerechnet

«Wir liessen uns nicht einschüchtern – das hat sich gelohnt!»

RITA LEU*, NACHTWACHE

wie ein Stundenlohn. Während der Ferien gibt's also keine Nachtzulage. Deswegen haben die Nachtwachen Anrecht auf einen Ferienzuschlag. So wie alle im Stundenlohn Beschäftigten. Für vier Wochen Ferien gibt's 8,33 Prozent mehr Nachtzulage. Und genau diesen Ferienzuschlag haben die Frauen jahrelang nicht erhalten.

Im letzten Sommer dann hatte Rita Leu* genug und meldete sich bei der Unia. Das sei naheliegend gewe-

sen, sagt sie zu work: «Ich hatte schon an einem früheren Arbeitsort positive Erfahrungen mit der Unia gemacht.»

CHEFIN MACHT DRUCK

Für Unia-Sekretär Alain Gysin war klar: Diese Sache bringt man am ehesten durch, wenn möglichst viele in der Belegschaft sich engagieren. Er unterstützte Rita Leu dabei, ihre Kolleginnen zu motivieren, getreu der Organizing-Methode (siehe dazu Text unten).

Der Erfolg war durchschlagend. Ans erste Treffen, das Leu organisierte, kam das komplette Nachtwacheteam. Nach wenigen Wochen waren sie alle der Unia beigetreten.

Jetzt schrieben die Frauen der Leitung des Zentrums einen Brief, es kam zu Verhandlungen. Die seien sehr belastend gewesen, sagt Betreuerin Dobler. Die Chefin habe darauf beharrt, dass alles korrekt sei: «Sie sagte, die Löhne würden mit einem topmodernen Computersystem berechnet, da könne gar nichts falsch laufen.» Sie habe auch versucht, die Frauen psychologisch unter Druck zu

setzen: Sie sei an den Verhandlungen laut geworden, habe den Betreuerinnen Vorwürfe gemacht. Das Heim nimmt dazu keine Stellung.

Rita Leu sagt: «Aber wir liessen uns nicht einschüchtern – und das hat sich gelohnt!» In der dritten Verhandlungsrunde gab die Leitung den Fehler schliesslich zu.

GROSSE FREUDE

Gegenüber work erklärt das Zentrum, man habe zuerst nur die «Daten 2016 überprüft und als korrekt befunden». Erst nach dem zweiten Gespräch sei klar geworden, wo der Fehler liege, nämlich «im Zeitraum 2009 bis 2015». Es sei dem Zentrum zudem bis im letzten Sommer nicht bekannt gewesen, dass sich schon mehrere Mitarbeiterinnen an den Personaldienst gewandt hätten. Doch jetzt werde man die rund 100 000 Franken an die Betroffenen nachzahlen. Das ist fair und freut Betreuerin Dobler sehr: «Ich habe noch nie etwas Negatives erlebt, wenn ich für etwas hingestanden bin.»

* Namen geändert

Generali: Teilerfolg für das Personal

NYON VD. Der Versicherungskonzern Generali hat seinen geplanten Stellenabbau in der Westschweiz nochmals überdacht. Generali wollte 108 Arbeitsplätze nach Adliswil ZH verlegen. Nun werden immerhin 48 der Stellen in Nyon bleiben. Für die Angestellten, die zusammen mit der Unia für den Erhalt der Jobs in der Romandie kämpften und alternative Vorschläge zum geplan-



PROTESTPLAKAT: Generali-Löwe soll in Nyon bleiben.

ten Kahlschlag der Geschäftsleitung erarbeiteten, ist das ein Teilerfolg.

Für die verbleibenden Stellen wird eine externe Lösung in Nyon gesucht oder die Verlagerung in den Kanton Zürich geprüft. Einige Angestellte haben inzwischen selber gekündigt. Die Generali-Personalversammlung hat den Vorschlag akzeptiert. Sie fordert aber gleichzeitig Garantien für den effektiven Erhalt der Stellen und die Aufnahme von Sozialplan-Verhandlungen. Der zuständige Unia-Mann Arnaud Bouverat: «Wir freuen uns mit den Angestellten über den Teilerfolg und werden sie natürlich auch weiterhin unterstützen.»

GAV-Premiere!

CAMPASCIO GR. Die Unia und InfoLife SA sind jetzt Vertragspartner. Dies ist das positive Resultat einer jahrelangen Kontroverse über die Tieflöhne von rund 200 Grenzgängerinnen bei der Pharmafirma. Die meist aus dem Veltlin stammenden Angestellten sind jetzt einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt. Dieser sichert minimale Arbeitsbedingungen. Zudem gibt es neu eine fünfköpfige Betriebskommission und einen paritätischen Fonds. Die Firma, die früher Dobfar hiess und stark expandierte, stellt medizinische Infusionsbeutel für den Export vor allem in die USA her. Dieser GAV ist der erste der chemisch-pharmazeutischen Branche in Graubünden.

Solidarität ohne Grenzen

BERN. Vor den Grenzen Europas erfrieren Menschen, die aus Syrien geflüchtet sind. Und der Bund hat noch nicht einmal einen Drittel der 1500 Geflüchteten aufgenommen, deren Umsiedelung der Bundesrat im Herbst 2015 versprach. Darum hat die Organisation «Solidarité sans frontières» bei der Bundeskanzlei eine Petition eingereicht. 2000 Personen haben sie unterschrieben. Sie fordern, dass die Schweiz die 1500 Geflüchteten sofort aufnimmt und dass die Behörden auf alle Rückführungen nach Italien, Griechenland und auf den Balkan verzichten.

Organizing: Provokation mit Ballon

WIRKUNGSVOLL: Kinder mit Ballon als Form des Protests.

FOTO: KEYSTONE



Organizing ist eine Methode, mit der Angestellte aktiv für ihre Anliegen eintreten können. Sie hat Erfolg.

Die Angestellten hatten genug. Während Wochen weigerten sich die Chefs der Nathalie-Stiftung in Boll BE, über bessere Löhne zu sprechen. Da kündigten die Angestellten im Internat für geistig behinderte Kinder einen Streik an. Das wirkte: Plötzlich waren die Chefs bereit, bessere Löhne zu zahlen.

Die Nathalie-Stiftung war ab 2011 eines der ersten Organizing-Projekte in der

Schweiz. Die Methode gibt Angestellten das Rüstzeug in die Hand, selber aktiv zu werden und für konkrete Anliegen zu kämpfen. Die Profi-

Die Beschäftigten bestimmen auch die Form des Protests.

Gewerkschafterinnen und -Gewerkschafter unterstützen den Prozess, stehen aber nicht an vorderster Front.

FEDERFÜHRUNG. Zentral ist, dass die Gewerkschafter den Leuten im Betrieb genau zuhören und verstehen, was

ihre Anliegen sind. Vielleicht finden die ihren Lohn ganz in Ordnung, wollen aber eine Mikrowelle im Pausenraum.

Den Nathalie-Protest unterstützt hat Adrian Durttschi, damals Organizing-Spezialist bei der Unia. Nicht nur bei den Zielen überliess er den Beschäftigten die Federführung – auch bei den Formen des Protests. Er erinnert sich: «Eine Betreuerin kam auf die Idee, die Kinder mit Unia-Ballons spielen zu lassen.» Das habe sich als wirkungsvolle Provokation herausgestellt.

Auch andere Unia-Regionen betreiben erfolgreiches

Organizing. Rund 4500 neue Mitglieder habe die Unia dadurch in den letzten fünf Jahren gewinnen können, so Durttschi. Alleine in der Pflege. Und auch in anderen Branchen bewährt sich der Ansatz. So geht der Erfolg der

Das Organizing bewährt sich auch in anderen Branchen.

Schaffhauser Gärtner, für die es nach langem Ringen jetzt fairere Löhne und einen Gesamtarbeitsvertrag gibt, auf ein Organizing-Projekt der Unia zurück. (che)

SP-Legende Helmut Hubacher (90) traut weder der Unternehmenssteuerreform III noch dem SVP-Finanzminister:

«Maurer ist ein Leichtmatrose. Und heimtückisch!»

Helmut Hubacher macht seit über 70 Jahren Politik. Im grossen work-Gespräch redet er über Tagespolitik, historische Erfahrungen und das Geheimnis eines guten Alters.

MARIE-JOSÉE KUHN, CLEMENS STUDER

work: Helmut Hubacher, der US-Konzern General Electric hat in nert einer Stunde einige Milliarden verschoben und die Schweiz um fast 2 Milliarden Steuereinnahmen gebracht. Gleichzeitig baut der Konzern Tausende von Stellen ab.

Helmut Hubacher: So funktioniert das kapitalistische System, das man gerne als «soziale Marktwirtschaft» hätte, wie sie der bürgerliche deutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard 1957 in seinem Buch «Wohlstand für alle» beschrieben hat. Man muss das nicht idealisieren, aber im Vergleich zum heute herrschenden Raubtierkapitalismus waren die Unternehmen in den 1960er und 1970er Jahren noch auf einen gewissen Ausgleich bedacht. Heute pfeifen die Manager und Konzerne auf die Gesellschaft. Man profitiert von der staatlichen Infrastruktur, will aber möglichst nichts dafür bezahlen.

«Steuern sparen ist Unternehmerpflicht», sagt ja auch unser Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann.

Ich verstehe das nicht: Die, die schon viel haben, wollen immer noch mehr, auch auf Kosten der Allgemeinheit. Und leider haben sie auch die passenden Politiker. Ein kleines Beispiel: Aktionäre müssen Dividenden nicht voll versteuern. Viele von uns würden ihren

Lohn wohl auch gerne nur zu 60 Prozent versteuern, aber wir können das nicht. Ich habe je länger, desto mehr den Eindruck, wir normale Steuerzahler seien die Idioten.

Steuern sind ein Dauerthema, besonders gerade jetzt. Was stimmen Sie am 12. Februar zur Unternehmenssteuerreform III (USR III)? Es hat vier Buchstaben, nicht nur zwei.

Warum stimmen Sie Nein?

Wir sind gebrannte Kinder. Schon bei der Unternehmenssteuerreform II hat uns der Bundesrat über den Tisch gezogen. Finanzminister Hans-Rudolf Merz sprach von kleinen Steuerausfällen, die den KMU, den Metzgern und Floristinnen, zugute kämen. Profitiert haben aber Figuren wie zum Beispiel der Rohstoffspekulant Ivan Glasenberg, der sich Hunderte von Millionen steuerfrei auszahlen konnte. Sogar das Bundesgericht hielt später fest, dass Merz das Volk angelogen habe. SP und Gewerkschaften haben schon damals gewusst, warum sie das Referendum ergriffen haben: Man konnte diesem Merz nicht trauen.

Auf Hans-Rudolf Merz sind Sie generell nicht gut zu sprechen. Auch in Ihrem neuen Buch kommt er gar nicht gut weg.

Merz war eine ideale Fehlbesetzung im Bundeshaus. Er ist einer jener Politiker, die immer das Gegenteil von dem machen, was sie sagen. Auf Merz konnte sich niemand verlassen. Nicht einmal Blocher, dessen Komplize er war.

Harte Worte. Übertreiben Sie nicht ein bisschen?

Merz hatte mir einmal wegen einer Kolumne geschrieben und mit einer Klage gedroht. Es ist nichts gekommen. Er wird schon wissen, warum.

Kann man Ueli Maurer denn mehr trauen als Merz?

Ich wäre nie auf die Idee gekommen, dass Maurer Finanzminister werden könnte. Der hatte ja nicht einmal das VBS im Griff. Er versprach die «beste Armee der Welt» und hinterliess seinem Nachfolger und Parteikollegen Guy Parmelin ein Durcheinander. Maurer hat eine gewisse Bauernschläue, ist auf den ersten Blick ein Gmögiger. Aber er ist heimtückisch und ein Meister im Sich-Rausreden.

Die USR III wurde von seiner Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf aufgegleist.

Ja, und die distanziert sich davon, was das rechte Parlament daraus gemacht hat. Und da hat Maurer den Mumm, ihr vorzuwerfen, sie sei halt schon lange nicht mehr im Geschäft. Das ist doch frech! Eveline Widmer-Schlumpf war eine tüchtige, bürgerliche Finanzministerin. Maurer ist ein Leichtmatrose.

Aber es gibt ja auch prominente SP-Stimmen für die Reform. Zum

Beispiel Eva Herzog, die Finanzdirektorin Ihres Kantons.

Eva Herzog ist eine brillante kantonale Finanzvorsteherin. Sie hat ihren Laden im Griff. Aber sie denkt technokratisch, nicht politisch. Sie meint, für den Kanton Basel-Stadt eine gute Lösung gefunden zu haben, die die Steuerausfälle begrenzt. Das mag sein. Aber ich sage: Politisch müsste sie über die Kantonsgrenzen hinausschauen. Basel ist nicht die Schweiz. Sie müsste mit der SP und mit den Gewerkschaften reden. Und wenn sie nicht zufrieden ist, könnte sie sich ja zurückziehen. Man kann auch mal schweigen. Eva Herzog geht zu stark ins Gefecht und kämpft Seite an Seite mit Maurer. Das ist für mich schwer zu ertragen.

Sie hält die Vorlage für ausgewogen.

Auch das ist technokratisch und unpolitisch. Ein rechtsbürgerliches Parlament hat die Vorlage, die ursprünglich zwar auch bürgerlich, aber ausgewogen war, massiv verschlechtert. Die Rechtsbürgerlichen haben die Gegen-

Unsere Regierungsrätin Eva Herzog denkt technokratisch, nicht politisch.

finanzierung gestrichen und neue Privilegien reingeschrieben. Niemand kann die Steuerausfälle korrekt beziffern. Ich traue dieser Sache nicht. Ich sehe aber, dass jene Leute, denen ich vertrauen kann, die Vorlage ablehnen.

Ueli Maurer prophezeit bei einem Nein eine Riesenkatastrophe.

Eine Riesenkatastrophe ist Maurer, nicht ein Nein zu USR III.

Was wären die Folgen eines Neins?

Niemand sagt, es brauche keine Revision. Die Schweiz hat jahrzehntlang ausländischen Konzernen ermöglicht, zum Billigtarif im Ausland erzielte Gewinne zu versteuern. Wir sind eine Steueroase. Es ist das Gleiche wie beim Bankgeheimnis. Die internationale Gesellschaft sagt: So geht das nicht mehr. Darum braucht es eine Revision. Aber sie muss kostenneutral sein. Die aktu-

workfrage:
71 Jahre aktiv und nicht müde: Ist Hubacher ein Ausnahmepolitiker?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

elle Vorlage bringt Milliardenausfälle. Für diese müsste der Mittelstand aufkommen. Die Geschenke an ausländische Konzerne bezahlt der normale Schweizer Steuerzahler.

Sie glauben an den Plan B?

Natürlich! Wenn das Volk Nein sagt, gibt es eine bessere Vorlage mit weniger Steuergeschenken und einer sauberen Gegenfinanzierung. Und zwar nicht zulasten des Mittelstandes. Man muss das Geld bei denen holen, die es haben. Das heisst Dividenbesteuerung, Kapitalgewinnsteuer; auch bei der direkten Bundessteuer darf man von den Grossverdienern mehr verlangen. Und vergessen wir nicht: Der zweite Anlauf ist gute eidgenössische Tradition.

Sie feiern bald Ihren 91. Geburtstag. Wie lange machen Sie eigentlich schon Politik?

71 Jahre. Ich bin 1946 in Basel den Juso beigetreten, ein Jahr später der SP. Die Partei gibt es seit 129 Jahren, ich bin also mehr als die Hälfte dabei.

Wird Ihnen nie langweilig? Es wiederholt sich doch so viel.

Politik fasziniert mich immer noch. Sie ist ein Stück weit mein Leben. Genau wie das Schreiben. Ich habe beides nie als unangenehme Pflicht empfunden, auch die Wiederholungen nicht.

Sie haben nie gedacht: Jetzt reicht's mir! Aber als Linker waren

Sie doch immer in der Minderheit und haben meistens verloren.

Auf diese Frage hat der ehemalige Basler SP-Nationalrat Andreas Gerwig einmal eine wunderbare Antwort gegeben. An einer FDP-Versammlung fragte ihn eine Freisinnige: «Wie ist es, immer zu verlieren?» Gerwig antwortete: «Als ich im Nationalrat anfang, war der höchste Satz bei der direkten Bundessteuer 3,5 Prozent. Dann haben wir immer verloren, und jetzt liegt er bei 8,5 Prozent.»

Als Linke Erfolg zu haben ist heute wohl nicht mehr so einfach.

Solange die FDP die dominierende Wirtschaftspartei war, gab es einen besseren Ausgleich der Interessen. Ich habe meinen Genossen immer gesagt: Unterschätzen wir den Freisinn nicht, «die Sieche» sind seit 1848 an der politischen Macht, und das nicht zufällig.



HELMUT HUBACHER ANIMAL POLITIQUE

Helmut Hubacher lernte SBB-Stationenbeamter. 1953 wurde er VPOD-Sekretär, 1963 Chefredaktor der Basler AZ und danach Sekretär des Basler Gewerkschaftsbundes. Von 1956 bis 1968 war er Mitglied des Basler Grossen Rates und von 1963 bis 1997 Nationalrat. Ab 1975 bis 1990 präsidierte er die SP Schweiz. Sein neuestes Buch, **Das habe ich gerne gemacht. Politische und persönliche Erinnerungen**, ist vor einigen Wochen erschienen (Zytlogge Verlag, ca. 36 Franken).

USR-III-Abstimmung: Und der Bundesrat trickst weiter

Es wird knapp am 12. Februar. Die letzte SRG-Umfrage zeigt ein Patt (45% Ja, 44% Nein) bei der USR III. Diese sollte eigentlich die Bevorzugung von sogenannten Statusfirmen abschaffen. Doch das Parlament hat daraus ein Milliardengeschenk für Superreiche und Konzerne gemacht. Und der Bundesrat kann es nicht lassen: Wie schon bei der USR II verschweigt das Finanzdepartement auch jetzt im Abstimmungsbüchlein zentrale Tatsachen. Unter

anderem fehlt der Hinweis auf den Verlustvortrag bei der «zinsbereinigten Gewinnsteuer» – ein weiteres Schlupfloch. Die Berner SP-Nationalrätin und Steuerexpertin Margret Kiener Nellen will sich das nicht gefallen lassen: «Ich bereite für den Fall eines Jas eine Abstimmungsbeschwerde vor.» Sie hat Erfahrung

damit. Auf ihre Beschwerde hin hielt das Bundesgericht im Dezember 2011 fest, dass der Bundesrat das Volk bei der Unternehmenssteuerreform II angelogen habe. Damit sich dieses milliarden-teure «Malaise» (Bundesgericht) nicht wiederholt, gibt es nur eines: für ein Nein zum USR-III-Bschiss weibeln.

LÜGEN. Gestoppt wurde unterdessen wenigstens ein Produkt aus der Lügenfabrik von

Gewerbeverbandspräsident Ulrich Bigler: Für die welsche Abstimmungszeitung fälschten Biglers Macher ein Foto. Im Original zeigt es die Übergabe der Referendumsunterschriften und ein Nein-Transparent. Biglers Fälschertruppe manipulierte den Slogan rein: «Die Arbeitsplätze? Wen kümmert's!» Dieses gefälschte Bild darf nicht mehr weiterverbreitet werden. Sollte der Verband es dennoch tun, kostet jede Veröffentlichung bis zu 10 000 Franken Busse. (stu)



Margret Kiener Nellen.



ALTERSWILD: Helmut Hubacher macht seit 71



Jahren Politik. Er sagt: «Die SP gibt es seit 129 Jahren, ich bin also mehr als die Hälfte dabei.» FOTOS: PETER MOSIMANN

Will heissen?

Der Generalstreik ist ihnen in die Knochen gefahren. Zuerst schickten sie zwar die Armee, dann aber reagierten sie mit sozialen Verbesserungen, die im 9-Punkte-Programm des Landesstreiks standen: Proporzwahlen gab es bereits ein Jahr später, Arbeitszeitverkürzungen in den 1930er Jahren, später dann die AHV mit ihrem genialen Finanzierungssystem. Der Freisinn war zwar zeitweise sehr reaktionär, aber gesellschaftspolitisch und wenn's darum ging, die Macht zu erhalten, hat er die Kurve immer gekriegt, damit es den Kessel nicht verjagt. Die Blocher-SVP hat da eine andere Politik.

Auch lange Märsche können ermüden. Bei Ihnen hat man jedoch nicht das Gefühl von Müdigkeit. Ich war kürzlich am VPOD-Veteranenessen. Da kann man die Leute in zwei Hälften teilen. Die eine Hälfte macht was, ist zwäg. Wer die Zeit nur totschlägt, vergeist und verblödet. Ein Buschauffeur hat mir vor Jahren gesagt – er wurde grad 30: «Kollege Hubacher, wenn ich pensioniert bin, gehe ich auf Reisen.» Ich habe ihm gesagt: «Bist du wahnsinnig? Mit 30 von der Pension zu reden. Das Leben fängt nicht mit der AHV an. Geh jetzt reisen!» Der war auch an diesem Essen dabei. Und natürlich geht er jetzt nicht reisen. Drum sage ich, aktiv bleiben ist wichtig!

MEHR WISSEN:

- Die **Steuertricks der Konzerne** im Detail auf **Seite 6**.
- Die **Zahlen und Fakten zur USR III** im grossen Dossier auf **www.workzeitung.ch**.

«Hollande ist schäbig, Sanders ein Phänomen»

work: Lassen Sie uns den Fächer ein wenig weiter öffnen. Die europäische Sozialdemokratie ist in vielen Ländern nur noch ein Schatten ihrer selbst. Wo sehen Sie die Gründe dafür?

Helmut Hubacher: Nehmen wir Frankreich als Beispiel. Die Präsidentschaft von François Hollande war eine Katastrophe. Er hat viele Errungenschaften der Arbeitenden angegriffen oder gar rückgängig gemacht. Als Präsident einer Partei, die sich sozialistisch nennt. Er ist eine schwache, ja schäbige Figur. Kein Wunder, dass der rechtsnationale Front national von Marine Le Pen so zulegt. Wenn wir Linke versagen, dann werden die Rechtspopulisten stark. Ähnliches sieht man ja auch in den Vereinigten Staaten. Hillary Clinton stand näher bei der Wall Street als bei den Gewerkschaften. Darum wurde eine so fürchterliche Figur wie Donald Trump Präsident.

In Deutschland ist die SPD auch nicht besser dran.

Das ist ein Jammer. Die einst stolze Sozialdemokratische Partei von Kanzler Willy Brandt dümpelt in den Umfragen bei etwas über 20 Prozent. Als Gerhard Schröder zum ersten Mal Kanzler wurde, wählten über 40 Prozent der Menschen SPD. Aber dann setzte er praktisch im Alleingang die «Agenda 2010» durch.

Ein Viertel der Arbeitnehmenden hat unterdessen Tiefstlöhne nach dieser Rosskur von Schröder.

Die «Agenda 2010» war ein bürgerliches Programm zugunsten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitenden. Erhart Eppler, der grosse SPD-Vordenker, schildert in seinem neuen Buch, wie sich führende Sozialdemokraten beklagen, dass sich die Menschen von der Sozialdemokratie abwenden, trotz der Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro und höherer Kinderzulagen. Eppler gibt als Antwort: Er habe den Eindruck, dass kleine Reformschrittchen nicht mehr reichen. Die Gesellschaft ist polarisiert

Wenn wir Linke versagen, werden die Rechtspopulisten stark.

zwischen sehr Reichen einerseits und der Unterschicht andererseits. Da reichten kleine Reförmchen nicht mehr, die Gesellschaft müsse geändert werden. Es brauche fast eine Revolution.

Kann der frisch gekürte Kanzlerkandidat Martin Schulz die deutsche Sozialdemokratie aus der Krise führen?

Ich bin kein Kaffeesatzleser. Aber immerhin hat Schulz eine Biographie und ein Leben. Er kam nicht

vom Hörsaal in den Plenarsaal. Und er war der erste Präsident des EU-Parlaments, den man überhaupt zur Kenntnis genommen hat. Aber ich kann ihn noch zu wenig beurteilen.

Zurück zu Frankreich. Bei den Vorwahlen der Sozialisten setzte sich Benoît Hamon durch – mit einem dezidiert linken Profil. Er will ein Grundeinkommen, Cannabis freigeben und eine Robotersteuer.

Das ist die logische Reaktion auf fünf Jahre Hollande. Man kann ja nicht mit dieser Politik weitermachen. Die internen Gegenkandidaten von Hamon gehören alle zur Firma Hollande, die konnte man nicht mehr bringen. Darum kommt jetzt ein Linker. Aber er hat keine Chance. Die Menschen haben genug vom Parti socialiste. Wir müssen froh sein, wenn diese Le Pen nicht noch stärker wird.

Es gibt aber auch Hoffnung. In den USA politisiert Bernie Sanders, Hillary Clintons Konkurrent im Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, enorm erfolgreich. Als alter Mann, der sich als Sozialist versteht.

Das ist ein Phänomen. Ich finde phantastisch, was Sanders macht. Er hat einen riesigen Erfolg, gerade auch bei den Jungen. Es wäre inter-

essant zu wissen, was geschehen wäre, wenn Clinton ihn als Vize nominiert hätte. Das hätte sie eigentlich tun müssen.

Was macht Sanders besser? Er stellt einfache und klare Forderungen für eine gerechtere Gesellschaft. Er hat die Probleme der Mehrheit aufgenommen und konkrete linke Lösungen vorgeschlagen. Sein grosser Erfolg ist für mich ein Signal: In der US-amerikanischen Gesellschaft ist Sprengstoff drin. Da passiert etwas in der nächsten Zeit. Auf Dauer kann diese Ungleichheit nicht funktionieren.

Biberli meint: «Alter schützt vor Weisheit nicht!»



Polnische Politik
Stinkreaktionär,
aber sozial

«Politik kann sehr widersprüchlich sein», klagt Gewerkschafter Adam Rogalewski. Er ist sowohl für die Unia wie auch für die polnische Gewerkschaft OPZZ aktiv. Unter Ministerpräsident Donald Tusk war Polens Regierung neoliberal, baute Sozialrechte ab. In den Wahlen von 2015 wurde sie mit Schimpf und Schande verjagt. Die heutige



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Regierung, mit dem starken Mann Jaroslaw Kaczynski im Hintergrund, ist dagegen nationalistisch und stinkreaktionär. Aber sie gebärdet sich sozial. Sie hat den

Polens Regierung ist gesellschafts-politisch eine Katastrophe.

Mindestlohn heraufgesetzt. Die Erhöhung des Rentenalters rückgängig gemacht. Sie erhöht die Kin-

derzulagen und plant, das Arbeitslosengeld aufzustocken. Schliesslich aktivierte sie mit den Gewerkschaften die tripartite Kommission, die Fragen des Arbeitsmarktes behandelt.

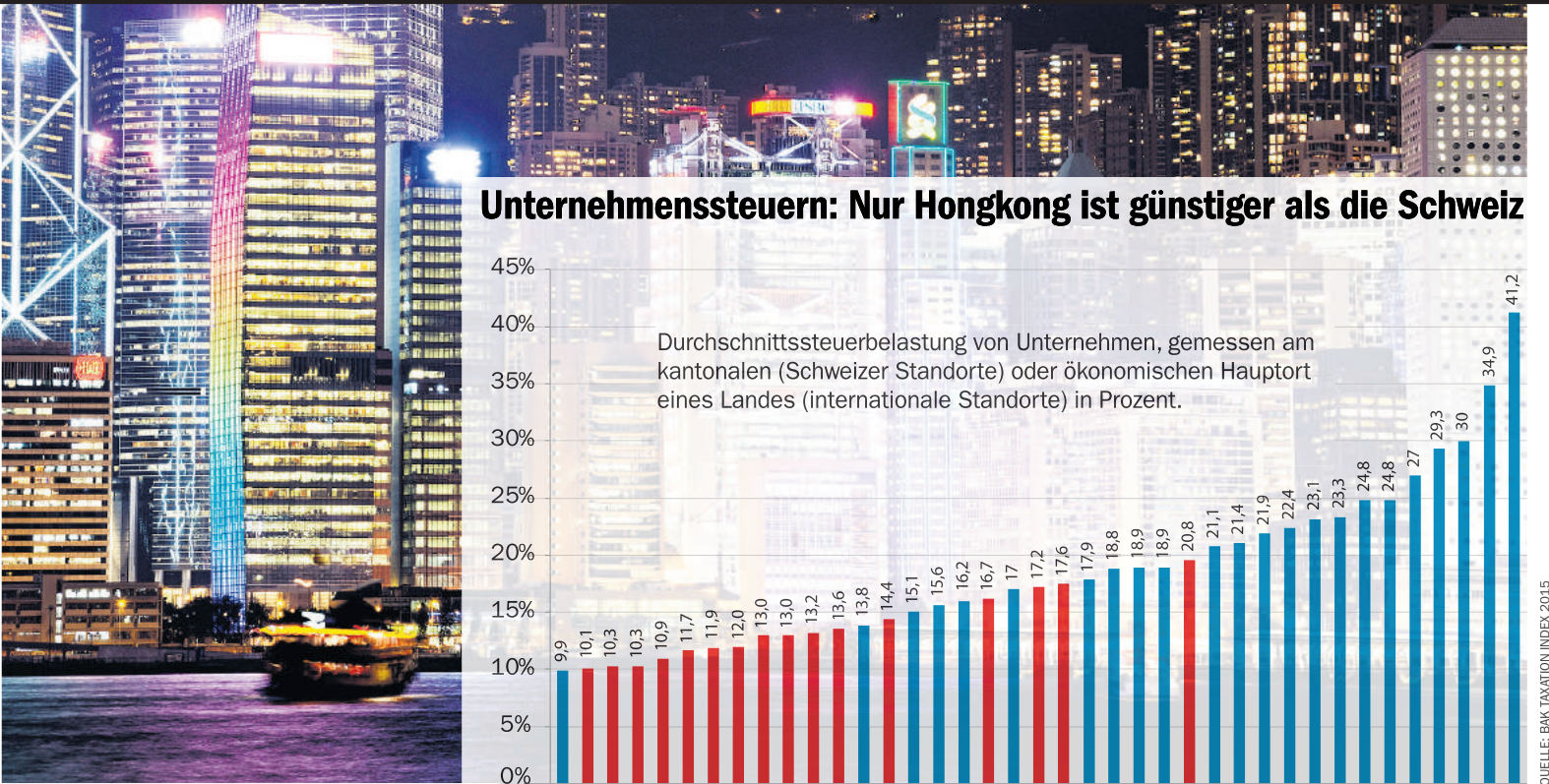
IDEOLOGISCH. Gesellschaftspolitisch aber ist die Kaczynski-Regierung eine Katastrophe: Aushebelung der Pressefreiheit, Amputation des Demonstrationsrechts, Unterwerfung des Verfassungsgerichts unter die Regierung, rassistische Politik gegen Einwanderer usw. Derzeit bereitet die Regierung eine verheerende Schulreform vor. Tausenden widerständigen Mittelschullehrerinnen und -lehrern droht die Entlassung. Es gibt neue Lehrmittel, die vor reaktionärer Ideologie triefen: mehr Nationalgeschichte, weniger Fremdsprachen und Naturwissenschaften. Gewerkschafter Rogalewskis Gewerkschaft kämpft dagegen an: «Bei uns sind viele Lehrer organisiert, die sich zusammen mit anderen aus der Zivilgesellschaft wehren.» Solcher Widerstand kann erfolgreich sein: Im letzten Oktober zwangen riesige Demos die polnische Regierung zurückzukrebsen. Sie hatte praktisch ein Abtreibungsverbot durchsetzen wollen (siehe dazu Seiten 8 und 9).

Leider aber sind sich die polnischen Gewerkschaften nur in der sozialen Frage einig. Die Gewerkschaft Solidarnosc steht ideologisch der Regierung nahe. Sie hat deshalb die Opposition in Sachen Pressefreiheit, Schwangerschaftsabbruch und Schulreform nicht unterstützt.



Kennen Sie jemanden aus der Sicherheitsbranche?

Dann informieren Sie die Person über die Unia-Umfrage für Sicherheitsmitarbeitende. Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für private Sicherheit wird bald neu verhandelt. Die Unia will mit der Umfrage erfahren, wo es den Sicherheitsleuten am meisten unter den Nägeln brennt und in welchen Bereichen die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen. Direkter Zugriff auf die Onlineumfrage via www.unia.ch/umfrage-sicherheit



STEUEROASE: Die Millionenstadt Hongkong ist steuertechnisch gesehen am günstigsten. Aber nur knapp vor Nidwalden. FOTOS: KEYSTONE

Apple, General Electric, Google, Ikea usw.:
Steuern – das ist, was die anderen bezahlen sollen

Mit den Steuern finanzieren wir den Service public. Dieser nützt gerade auch den Konzernen. Doch diese bezahlen immer weniger.

OLIVER FAHRNI

Gewinn ohne Leute, Löhne und Gewerkschaften. Das verspricht der Finanzkapitalismus den Besitzenden. Nach seinem krachenden Bankrott wissen alle: Nur lebendige Arbeit schafft Wert.

Der andere Traum der Aktionäre und Reichen aber wird realer: Eine Welt, in der sie null Komma nix Steuern mehr bezahlen. **90 Prozent der US-Unternehmen waren 2015 steuerbefreit, sagt die US-Regierung. In der Schweiz bezahlen offiziell mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Firmen keine Gewinnsteuern.** Entweder weil sie Verluste schreiben oder weil sie Wege finden, die Steuern zu umgehen («optimieren»).



Null Komma nix Gewinnsteuern ist der Traum der Konzerne.

Für den US-Weltkonzern General Electric (GE) arbeiten 333 000 Männer und Frauen. Sie erschaffen 120 Milliarden Dollar Umsatz. Jetzt zerstört der Industrieriese Tausende von Arbeitsplätzen. Und das trotz explodierenden Gewinnen (plus 36 Prozent). 900 Jobs sollen allein in der Schweiz wegfallen. Doch GE kann's noch perverser: Obschon der Konzern beträchtliche Teile seines Geschäfts mit der öffentlichen Hand diverser Länder macht, beschäftigt er Hunderte von Juristinnen und Finanzern nur dafür, den Staaten die Mittel zu entziehen. Also möglichst wenig Steuern zu bezahlen.



Die Konzerne lassen die öffentliche Hand, die sie füttert, verhungern.

Zum Beispiel am 21. Dezember 2016. Da verkaufte GE Europa in Holland seine Schweizer Tochter GE Energy Switzerland an die ungarische GE-Tochter. Nur Minuten später verkauften die Ungarn die GE Schweiz wieder an GE Europa zurück, diesmal für 6,4 Milliarden Franken – eine 160 000fache Wertsteigerung, wie Bernhard Odehnal im «Tages-Anzeiger» recherchierte. In derselben Minute kaufte GE Schweiz bei GE Ungarn die Patente, Kundendaten usw. für 8,1 Milliarden Franken. Resultat des Reigens: GE Schweiz wird wahrscheinlich

jahrelang keine Steuern bezahlen, da verschuldet. GE Europa in Holland hat 6,399 Milliarden verloren, und die ganzen Gewinne fallen in Ungarn an (14,5 Milliarden). Dort hat Präsident Viktor Orbán gerade die Unternehmenssteuern nahe an null gesenkt. General Electric sagt, dies alles sei mit den Steuerbehörden im Aargau abgesprochen.



Steueroptimierungen sind gigantische Hold-ups.

Es ist eine merkwürdige Sache mit den Steuern. Neuerdings sind sie unbeliebt. Doch 1789, bei der Französischen Revolution, schrieben die bürgerlichen Revolutionäre die Steuern noch als Recht in ihre Erklärung der Menschenrechte. Denn die öffentliche Hand, die für Sicherheit, Frieden, Infrastrukturen, Schulen, Spitäler, Unis usw. sorgt, muss finanziert sein. Das hilft allen, gerade auch den Unternehmen. Heute gilt mehr denn je: **Nur das reichste Prozent kann sich einen armen Service public leisten.** Für 99 Prozent ist die öffentliche Hand überlebenswichtig. Steuern sind das Fundament, auf dem der soziale Frieden und die Demokratie stehen.



Gerechte Steuern sind ein Menschenrecht.

Der Grund, warum Steuern heute auch die Arbeitenden nerven, stand schon in Artikel 13 der 1789er Erklärung: Steuern müssen gerecht auf alle verteilt sein, alle nach ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten. An der Steuerordnung eines Landes lässt sich messen, wie es um seine Zukunft steht. **Seit drei Jahrzehnten werden die Steuern in der Schweiz immer ungerechter. Die Lasten tragen zunehmend die Arbeitenden allein.** Gerechte Steuern wurden abgeschafft (etwa die Erbschaftssteuer) und unsoziale Steuern eingerichtet (Pauschalsteuer, Sonderstatute für Holdings, Konsumsteuern, Gebühren ...). Darum kaschieren auch immer mehr Kantone ihre Steuerregister.



Die Steuerordnung enthüllt, wie es um ein Land steht.

Was General Electric kann, das können andere Konzerne wie Apple, Ikea, Google & Co. schon lange. Wer bei Ikea ein «Billy»-Gestell kauft, bezahlt mit dem Preis auch eine «Lizenzgebühr» von drei Prozent, wie eine Recherche von Steuerexperten im Auftrag der Grünen 2016 ergab. Diese Gebühr geht nicht etwa nach Schweden, sondern zu Ikea Holland. Von dort wird das Geld über ein kompliziertes Firmengeflecht gewaschen.

Mit solchen und ähnlichen Tricks habe Ikea in der EU über eine Milliarde Euro Gewinnsteuern gespart, kritisierten die Grünen im Europaparlament. **In den diversen Steuerparadiesen horten die Konzerne weit über 2,3 Billionen Franken an Schwarzgeld. Apple allein hat 180 Milliarden Dollar «offshore» parkiert, rechnet die Nichtregierungsorganisation Bürger für Steuergerechtigkeit.** Da liegt der Kern: Die meisten Konzerne haben sich längst von ihren Gesellschaften losgesagt. Kalifornische High-techmilliardäre planen nun gar schwimmende Privatstadt-Inseln ausserhalb der Hoheitsgewässer.



Schneider-Ammann erhob den Steuerbschiss zur Pflicht jedes Managers.

Überall sinken die Steuern der Unternehmen und Reichen. Die Schweiz, die Mutter aller Steuerparadiese, ist das Vorbild dazu. Nur: Ohne Komplizenschaft der Politik würde diese legale Billionen-Steuerbetrügerei nicht funktionieren. Der freisinnige Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann erhob die Steueroptimierung zur «Pflicht jedes Managers». SVP-Finanzminister Ueli Maurer verteidigte den Steuerbschiss anlässlich der Publikation der Panama Papers. Mit der Unternehmenssteuerreform II hat der Bundesrat die «Weissgeldstrategie» zur Weisswaschstrategie gemacht. Mehr als 1000 Milliarden Franken durften Aktionäre steuerfrei waschen.

Jetzt gehen der Bundesrat und das rechtsbürgerliche Parlament mit der Unternehmenssteuerreform III sogar noch einen weiteren Schritt zum alten Ziel der Neoliberalen: Unternehmen sollten gar keine Steuern bezahlen. Das ist die nächste Stufe im kapitalistischen Irrsinn. Müssen wir bald schon dafür bezahlen, dass wir arbeiten gehen dürfen?

Mehr Informationen: www.taxjustice.net/tag/switzerland/ www.alliancesud.ch

Die EU-Troika plant weiteren Abbau der Arbeitnehmerrechte Schon 1,25 Millionen Griechen sind ohne Job



FOTO: LOUISA GOULAMAKI / AFP / GETTY IMAGES

WO IST HOFFNUNG? Schreiner Georgios Tsouvalakis verdiente früher rund 2500 Euro pro Monat. Durch die Krise hat er seinen Job verloren. Mit handgemachten Souvenirs erzielt er in einem guten Monat 400 Euro. Auch seine Frau Lia (mit Tochter Angelina), früher Verkäuferin, ist arbeitslos.

Jetzt soll Griechenland Kündigungsschutz und Streikrecht noch weiter aufweichen, verlangen die EU-Geldgeber. Dabei geht es den Leuten jetzt schon miserabel.

BABIS AGROLAMBOS *

Gewerkschaftssekretär Achilleas, der inzwischen Rentner ist, kann sich noch gut daran erinnern, wie es einmal war. Er und seine Kollegen hätten nur einen einzigen Anzug besessen. Den trugen sie bei zwei Gelegenheiten: um das neue Jahr zu begrüßen und bei der Unterzeichnung des neuen Gesamtarbeitsvertrags ihrer Branche. «Normalerweise kam der neue Vertrag bereits vor dem Jahreswechsel zustande», sagt der Gewerkschaftssekretär. «Aber selbst wenn sich die Verhandlungen verzögerten, waren wir uns sicher, in den ersten Monaten des neuen Jahres zu einer Einigung zu kommen.»

Diese Gewissheit gibt es nicht mehr. Das Sparprogramm, das EU, Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds dem Land aufzwingen, setzt die Verträge ausser Kraft. Der Mindestlohn wurde gesetzlich auf 580 Euro festgelegt, aber nicht einmal das bezahlen alle Arbeitgeber, dies wegen der schlechten Wirtschaftslage.

DIE KATASTROPHE IN ZAHLEN

Die Zahlen über die aktuelle Situation auf dem griechischen Arbeitsmarkt sind entmutigend. Erwerbsfähig sind nach Angaben der griechischen Statistikbehörde 4,75 Millionen Menschen. Von ihnen sind 1,25 Millionen arbeitslos. Laut einer Untersuchung des Forschungsinstituts des Dachverbands der griechischen Gewerkschaften (GSEE) haben 500 000 Beschäftigte nur noch ein Monatseinkommen von weniger als 346 Euro. Gerade mal zehn Prozent der Arbeitslosen erhalten eine finanzielle Unterstützung von etwa 350 bis 450 Euro –

* Babis Agrolambos arbeitet für die der Regierungspartei Syriza nahestehende «Zeitung der Redakteure». Diese ist ein Genossenschaftsprojekt von Journalisten der eingestellten linken Tageszeitung «Eleftherotipia» («Pressefreiheit»).

und das für maximal ein Jahr. In rund 350 000 griechischen Familien hat niemand mehr eine bezahlte Arbeit. Die Hälfte der jungen Erwerbsfähigen unter 25 war überhaupt noch nie offiziell beschäftigt.

ANGRIFF AUF DAS ARBEITSGESETZ

In diesen Wochen überprüft die Troika die bisherige Umsetzung ihres Spardiktats. Und sie verlangt weitere Massnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. So ist ihr der Kündigungsschutz in Griechenland immer noch zu hoch. Künftig sollen die Be-

In Griechenland gibt es weder Spielraum für Verhandlungen noch für Arbeitskämpfe.

triebe aus wirtschaftlichen Gründen monatlich zehn statt nur fünf Prozent ihrer Beschäftigten auf die Strasse stellen können. Berufseinsteiger sollen nicht einmal mehr den Mindestlohn erhalten, und die Gewerkschaften werden sich nicht dagegen wehren können. Genauso wenig wie gegen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Zudem soll das Streikrecht eingeschränkt werden: Die Gewerkschaftsverbände sollen nicht mehr zu Streiks aufrufen dürfen. Stattdessen muss die Mehrheit der Beschäftigten des jeweiligen Betriebs für einen Streik stimmen. Und diesen dann beim Arbeitgeber 20 Tage vorher anmelden. Damit nicht genug: Die Troika verlangt, dass Freistellungen für Gewerkschaftsarbeit reduziert werden und die Arbeitgeber in Arbeitskämpfen ihre Leute aussperren können.

WÄHRUNGSFONDS WRACKT AB

Selbst wenn morgen in einer Branche ein guter Gesamtarbeitsvertrag unterzeichnet würde, könnte er unter diesen Bedingungen kaum umgesetzt werden. Jannis Panagopoulos, der Präsident des Gewerkschaftsdachverbands GSEE, meint, es gebe in Europa grundsätzlich ein Verständnis für den Erhalt der Arbeitsrechte, nicht aber beim Internationalen Währungsfonds. Nach dessen Credo könne die griechische Wirtschaft nur über die Absenkung der Arbeitskosten wieder wettbewerbsfähig werden. Die nationalen Arbeitgeberverbände

Die Unia sponsert ein Ambulanzfahrzeug

Am 6. Februar macht sich von Bern aus ein Ambulanzfahrzeug auf den Weg nach Griechenland, gesponsert von der Unia. Quer durch Italien, mit der Fähre nach Griechenland, bis in die griechische Hauptstadt Athen, insgesamt eine Strecke von gut 2000 Kilometern. Am Ziel übernimmt



FOTO: RITA SCHAVI

der griechische Rettungsdienst das Auto. Eine weitere Ambulanz, bezahlt von den Spenden, die der Verein Solidarität mit Griechenland gesammelt hat, geht an eine gemeinnützige Organisation vor Ort. Diese will die Fahrzeuge in Flüchtlingslagern placieren. Das Fernziel: eine Ambulanz pro Lager. Auch dafür sammelt der Verein weiterhin Geld.

griechenland-komitee.ch

Verein Solidarität mit Griechenland, Postkonto 61-95337-3

in Griechenland hören das gerne. Gewerkschafter Panagopoulos: «Sie setzen alle Hebel in Bewegung, damit die internationalen Institutionen Massnahmen zur vollständigen Deregulierung des Arbeitsmarkts durchsetzen.»

Unter «normalen» wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen wäre damit ein Arbeitskampf programmiert. Im Griechenland von heute gibt es weder Spielraum für Verhandlungen noch für erfolgversprechende Arbeitskämpfe. Panagiotis Kyriakoulis, der Präsident des Dachverbandes der Privatangestellten, meint: «In diesem Umfeld, das nach vielen Jahren der Zerstörung entstanden ist, ist es schwierig, etwas zu verbessern, selbst wenn wir morgen wieder freie Verhandlungen mit den Arbeitgebern führen könnten.»



la suisse existe
Jean Ziegler

MILLIARDÄRE AN DER MACHT

Der Sturm schüttelte das amerikanische Kriegsschiff USS Augusta. Es kreuzte vor der Küste von Neufundland. An Bord: US-Präsident Franklin Delano Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill. Es war der 12. August 1941.

Das Ergebnis des Treffens: die Atlantik-Charta, welche die Ordnung der Welt nach

Die zwölf wichtigsten Mitglieder von Trumps Kabinett besitzen zusammen 71 Milliarden Dollar.

dem Krieg festlegen sollte. Zum ersten Mal erscheint in diesem Dokument der schöne Name

«Vereinte Nationen». Die neu zu schaffende Weltorganisation sollte drei Aufgaben erfüllen: Ein System der kollektiven Sicherheit sollte zukünftige Kriege verunmöglichen. Das Elend sollte aus der Welt geschafft werden, und allen Erdbewohnern sollten die elementaren Menschenrechte garantiert werden. Man stelle sich vor! Im August 1941 beherrschen die Nazimonster ganz Europa. Die Schlacht von Stalingrad war noch nicht geschlagen. Die USA waren noch nicht einmal im Krieg. Die zwei Visionäre sagten: «Es kann zehn, zwanzig, fünfzig Jahre dauern, aber wir werden die Faschisten besiegen. Und dann erstet dank den Vereinten Nationen eine neue Welt.»

BETRUG, IGNORANZ. Donald Trump pöbelte schon an seinem ersten Regierungstag gegen das Werk von Roosevelt und Churchill. Die Uno nütze den USA nichts, die Beitragszahlungen müssten heruntergefahren werden. Die Uno als Wahrerin des planetaren Gemeininteresses? Davon hält Trump nichts. Die zwölf wichtigsten Mitglieder seines Kabinetts besitzen ein kumuliertes Privatvermögen von 71 Milliarden Dollar. Zum Beispiel Rex Tillerson, der neue Aussenminister. Bis 2015 war er Chef des weltweit grössten Petroleumkonzerns Exxon Mobile, von dem er 2,6 Millionen Aktien besitzt. Oder Rick Perry, ein texanischer Multimilliardär. Er übernimmt das Ministerium für Energie. Noch vor zwei Jahren hatte er die Auflösung dieses Ministeriums gefordert. Handelsminister Wilbur Ross, geschätzte 2,9 Milliarden Dollar schwer, machte sein Vermögen mit dem Aufkauf maroder Firmen, die er ausschlachtete, um die Teile weiter zu verscherbeln. Arbeitsminister und Multimilliardär Andrew Puzder ist Besitzer der Imbisskette CKE. Er wurde 2014 von seinem Vorgänger im Amt gebüsst wegen Lohndumping in seinen Restaurants. Multimilliardär und Anwalt Scott Pruitt ist der neue Chef der Umweltbehörde. Seine Qualifikation: Er verneint den Klimawandel und hat als Anwalt von Ölkonzernen erfolgreich gegen seine neue Behörde prozessiert.

EINE PREMIERE. Dass Trump und seine Kumpane nicht zwischen Gemeinwohl und Privatinteresse unterscheiden, hat sich bereits im Wahlkampf gezeigt: Was gut ist für die Milliardäre, soll gut sein für das Land. Es ist eine Situation, wie es sie im mächtigsten Staat der Welt noch nie gegeben hat. Wo ist Hoffnung? Im demokratischen, energischen Widerstand, der sich bereits zu formieren beginnt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Ändere die Welt!», ist im März 2015 auf deutsch erschienen.



MÄCHTIG MASCHIG: Die Idee der Pussyhats stammt aus L.A. Dort strickten diese Frauen für den Protest in der US-Hauptstadt Washington. FOTO: REUTERS



MÄCHTIG SAUER: Ein von der stockkonservativen Regierung beschlossenes Abtreibungsverbot brachte in Polen Tausende auf die Strasse. FOTO: REUTERS



MÄCHTIG BUNT: Der Marsch gegen Trump brachte verschiedenste Gruppen zusammen: von Feministinnen bis zu Bürgerrechtsaktivistinnen. FOTO: GETTY IMAGES

Redaktorin Sabine Reber hat's ausprobiert

8.-März-Pussyhat

Dicke Nadeln, dicke Wolle – und schon ist der eigene Pussyhat fertig gestrickt.

Einen ganzen Stapel Pussyhats hat workRedaktorin Sabine Reber gestrickt, sogar einen für ihr Kätzchen Pitschi. Schliesslich heisst «Pussy» nicht nur Vagina, sondern auch Kätzchen. Reber sagt: «Die Mützen sind einfach zu stricken und setzen ein Zeichen: für die Frauenrechte und gegen Trump & Co.» Am internationalen Frauentag, am 8. März, will sie damit auf die Strasse. Deshalb hat sie die Strickanleitung auf Facebook gestellt – und viele Reaktionen darauf erhalten. Reber: «Die Zeit ist reif, dass auch wir gegen die rechtskonservativen Regierungen protestieren, die das Gleichstellungsrund zurückdrehen wollen.»

POLITISCHE TRADITION. Wieso aber greift Reber zum typischsten aller typischen «weiblichen» Hobbies, zu den Strickadeln? Ist das nicht etwas unemanzipiert? Erstens, weil sie gern stricke, sagt sie. Und zweitens, weil politisches Stricken Tradition habe: «Schon in der Französischen Revolution haben die berühmten Tricoteuses mit ihrem Strickzeug auf den Guillotine gesessen und gewartet, dass die Köpfe der Aristokraten rollen», sagt Reber. Tatsächlich kamen diese Frauen aus der Unterschicht, sogenannte Sans-culottes, und unterstützten die Revolution. Damals hatten die Frauen in Frankreich weder Stimmrecht noch Wahlrecht. Sie sollten sich zurückhalten, kochen und Kinder erziehen, aber sicher nicht politisieren. Mit dem Strickzeug in die Öffentlichkeit zu treten, also in den männlich beherrschten Raum, war eine mutige Tat, die die Männer entsprechend erzürnte.

Das sei doch ein interessantes Stück Frauengeschichte, sagt Sabine Reber. Und fordert: «Nehmen wir den Faden der Tricoteuses auf, stricken wir für die Demokratie und die Frauenrechte!» (mjk)

Anleitung: Stricken Sie Ihren eigenen Pussyhat!

Das brauchen Sie dafür:
● zwei Stricknadeln Nr. 7 ● ein bis zwei Knäuel dicke pink- oder lilafarbene Wolle ● 1 Wollnähadel ● Schere

Je nach Kopfgrösse 30 bis 34 Maschen aufnehmen.



10 Zentimeter Börtchen stricken (1 Masche rechts, 1 Masche links); 20 Zentimeter glatt weiterstricken (also Vorderseite rechts, Rückseite links).



Dann nochmals 10 Zentimeter Börtchen stricken.



Nach Lust und Laune noch mit ein paar Stichen Öhrchen abnähen...



...und sie etwas zusammenziehen, damit sie lustig absteht.

FOTO: JEANNE ROSE NICHE

Trump & Co.: Jetzt gehen die Frauen auf die Strasse

Die Pussy-Muschis schlagen zurück

Ob in Polen oder in den USA: wo rechtskonservative Männerregierungen das Steuer übernehmen, attackieren sie die Rechte der Frauen. Zum Beispiel das Recht auf Abtreibung. Doch sie sollten die Frauen besser nicht unterschätzen.

MARIE-JOSÉE KUHN

Washington, 21. Januar, Frauenmarsch. Auf der Bühne stieft Schauspielerinnen Ashley Judd mit ihren Cowgirlboots hin und her. Sie heisst den Frauen ein – mit dem Rap der 19-jährigen Nina Donovan aus Tennessee. Hart, schnell, schrill: «Ich bin eine böse Frau (nasty woman)! Eine laute, vulgäre Frau – und stolz darauf (nasty, vulgar and proud)! Und ich sage euch: Unsere Pussy sind nicht zum Grapschen da. Unsere Muschis sind zu unserem Vergnügen da. Und um neue Generationen böser, vulgärer, stolzer, christlicher, muslimischer, buddhistischer und Sikh-Frauen zu zeugen, neue Generationen böser Frauen. Wenn du also eine böse Frau bist oder eine liebst, die es ist, dann ruf jetzt: Hell, yes!»

Hell, yes! Zum Teufel mit Trump. «Dump the Trumps!» Versenkt ihn! Eine halbe Million Frauen (und Männer) protestierten alleine in Washington gegen den Grapscher-Präsidenten der USA. Die grössten Kundgebungen seit Vietnam. Girlpower gegen Trumpower. Junge Frauen, ältere Frauen, ganz alte Frauen, Mütter mit Töchtern. Bürgerrechtsaktivistinnen, Anti-Globalisierungs-Aktivistinnen, Feministinnen, ehemalige Anti-Vietnam-Aktivistinnen, Mütterberatungsaktivistinnen, Umweltaktivistinnen, Bernie-Sanders-Aktivistinnen, Aktivistinnen von «Black Lives Matter» gegen Polizeigewalt an Schwarzen, Gewerkschafterinnen, Lesben-Aktivistinnen, Promis: Madonna, Cher, Whoopie Goldberg, Yoko Ono und und und. Ein

«Kaum zu glauben, dass ich immer noch gegen diese Scheisse protestieren muss.»

DEMONSTRANTIN IN WASHINGTON

richtiger Volksaufmarsch. Tausende handbeschrifteter Plakäthen. Eine alte Frau mit dem Slogan: «Kaum zu glauben, dass ich immer noch gegen diese Scheisse protestieren muss!» Und dann

«MEINE MUSCHI»: Klare Worte am «schwarzen Protest» in Polen im letzten Oktober.

FOTO: GETTY IMAGES

die Anti-Trump-Hymne. Geschrieben hat sie Sängerin Fiona Apple: «Wir wollen deine kleinen Hände nicht in der Nähe unserer Unterhosen!»

International: 4 Mio. auf den Strassen

Weltweit fanden am 21. Januar 673 Frauenmärsche statt, an denen insgesamt drei bis vier Millionen Menschen teilnahmen. In London, Paris, Tokyo und auch in Genf. Zum Protest hatte dort Karen Olsen aufgerufen. Sie ist US-Amerikanerin und ehemalige Campaignerin für Obama. Unterstützt haben sie Amnesty International, Greenpeace und die US-Ausländerorganisation Democrats Abroad. 1000 Leute hat Olsen erwartet, doch es kamen 2500 (SDA-Zahlen). Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey war auch dabei und hielt eine Ansprache. Organisatorin Olsen will am Frauentag, dem 8. März, wieder zuschlagen.

Die Idee für die Kätzchenmützen hatten Miti Krista Suh und Jayna Zweiman aus Los Angeles. Und ihr Strickkollektiv. Sie riefen via Facebook dazu auf, am Frauenmarsch ein «pinkiges Meer» zu schaffen, ein Zeichen zu setzen. «Strickt, häkelt und tragt dann eure Pussumützen laut und stolz», so die Anweisung. Kat Coyle, in L.A.

Herbst beschloss diese, das ohnehin schon restriktive Abtreibungsgesetz noch zu verschärfen. Die Reform wäre praktisch einem Abtreibungsverbot gleichgekommen. Doch die Machthaber hatten ihre Rechnung ohne Malgorzata «Gocha» Adamczyk gemacht. Sie ist jung, sie ist Marketingspezialistin, und sie ist Mitglied von «Razem», so was wie die Juso von Polen. Und sie hat einen leuchtend roten Haarschopf. Auf ihrem Profilbild auf Facebook ist sie wie ein Clown geschminkt, mit roten Lippen fast bis zu den Ohren und schwarz triefendem Koble-Blick. Via soziale Medien ruft Malgorzata zum Widerstand gegen das geplante Abtreibungsverbot auf. Zum schwarzen Protest, sie gibt ihm den Namen «czarny protest». Und weiter schreibt sie: «Kleidet euch schwarz und geht auf die Strasse. Postet vorher ein Selfie und sagt, dass ihr mitmacht.»

Erst 70, dann 500, 4000 Likes, Malgorzata wird überrannt. Ihre Kritiker lästern: «Mit Likes kannst du nicht gewinnen.» Doch Malgorzata mobilisiert weiter. An einem grauen Montag dann der Paukenschlag: Überall in Polen strömen Frauen und Männer in Schwarz auf die Strassen. Es regnet, ein riesiges Meer von schwarzen Schirmen breitet sich aus und mit ihm die Botschaft an die Regierung Kaczynski: Nicht mit

Hell, yes, zum Teufel mit Trump! Girlpower gegen Trumpower.

uns! Unsere Körper gehören uns. Moja pipka: meine Pussy!

Polen ist platt, so etwas hat das Land noch nicht gesehen. Gewerkschafter Adam Rogalewski sagt es so: «Es war überwältigend, auch die Gewerkschaften waren überrascht, völlig überrascht, denn die Bewegung entstand quasi aus dem



MOJA PIPKA

Pussy heisst auf polnisch «pipka» und ist auch dort der elektrisierende Weckruf der Frauen. Gegen eine nationalistische, konservativ-katholische Rechtsregierung. Im

Nichts.» Die Regierung kommt unter Druck, sie kurbelt zurück. Malgorzata ist «bloody happy», saumässig glücklich! Und sie sagt: «Mit Likes kann man nicht gewinnen, wir haben aber gewonnen.»

SCARLETT JOHANSSON

Auf Facebook beginnt auch der Frauenmarsch in den USA. Auch er spontan und abseits der grossen Partei- und Gewerkschaftsapparate. Es geschieht am 9. November, dem Tag nach der Wahl Trumps. Die pensionierte Anwältin Teresa Shook aus Hawaii und die New Yorker Fair-Trade-Mode-Designerin Bob Bland rufen zum Protestmarsch in Washington. Einen Tag nach



HOLLYWOOD-STAR SCARLETT JOHANSSON: «Wir dürfen nicht aufgeben und müssen für unsere Bedürfnisse eintreten.» FOTO: REUTERS

Trump's Vereidigung soll er steigen. Hunderte, Tausende, Hunderttausende Frauen zeigen sofort Interesse. Ein Organisationskomitee von jungen Frauen übernimmt, mit dabei eine Afroamerikanerin, eine palästinensische Muslimin und eine Hispánica, die meisten mit Erfahrungen als Aktivistinnen in Bürgerrechtsorganisationen gegen Polizeigewalt, Rassendiskriminierung oder für mehr Waffenkontrolle. Innerhalb von zwei Monaten sammeln sie eine Million Dollar Spenden. Und sie verkünden: «Mit dem Frauenmarsch wollen wir mehr als nur gegen Trump marschieren, wir wollen vorsorglich für die Frauenrechte einsteigen, denn Frauenrechte sind Menschenrechte.» Gegen Fremdenfeind-

lichkeit und Rassismus, gegen Frauenhass, für soziale Gerechtigkeit und ein gutes Gesundheitssystem für alle.

Trump will Obamas Krankenversicherung kippen. (Ein Witz, der keiner ist: Fragt ein Ami-Bub seine Mutter: Was ist ein Kanadier? Sagt die Mutter: ein Ameri-

Die Chancen, dass der Frauenprotest weitergeht, stehen nicht schlecht.

kaner ohne Waffe, aber mit einer Krankenversicherung!) Und Trump ist auch die Nichtregierungsorganisation Planned Parenthood ein Dorn im Auge. Wie bereits allen Republikanerpräsidenten seit Reagan vor ihm. In den USA, aber auch in Afrika unterhält Planned Parenthood Zentren für Familienplanung und bietet teilweise auch Abtreibungen an. Das passt Pro-Life-Trump und seinem Stündeler-Vize Mike Pence überhaupt nicht.

Am Frauenmarsch bricht Schauspielerin Scarlett Johansson eine Lanze für Planned Parenthood. Sie, die ihr Privatleben schützt wie keine andere und deshalb auch nicht auf Facebook ist, tritt heraus und wird persönlich. «Weil die politische Situation es erfordert.» Auch ihr hat Planned Parenthood geholfen, früher. Daheim hatten sie wenig Geld. Einen Gynäkologen hätte sie sich nicht leisten können. Ihre Schwester auch nicht. Johansson: «Für alle, die auf Planned Parenthood angewiesen sind, beginnen nun ungewisse Zeiten.»

MALGORZATA ADAMCZYK

Einen Tag nach dem Frauenmarsch unterzeichnen Donald Trump und seine Männerriege eine Order, die die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsorganisationen verbietet, die auch Abtreibungen vornehmen. Also auch von Planned Parenthood International. Die Massnahme trifft die Ärmsten in Afrika. Sie werden wieder zu Engelsmachern gehen müssen – und sterben.

Schauspielerin Scarlett Johansson sagt: «Wir dürfen nicht aufgeben, wir müssen für unsere Bedürfnisse eintreten.» Doch: Wie lange wird der Pussy-Power brennen? Gelingt die nötige Bündnispoli-



PLAKATIV: Pussy-Muschis in allen Landessprachen. FOTO: GETTY IMAGES

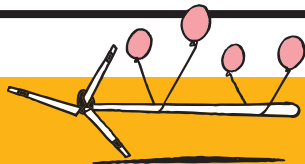
tik, um genügend schlagkräftig zu sein? Zum Beispiel mit der Bernie-Sanders-Bewegung? Oder mit den Gewerkschaften? Die Schriftstellerin und Bürgerrechtsaktivistin Angela Davis sieht es so: «Die nächsten 1459 Tage der Trump-Regierung werden 1459 Tage des Widerstands sein. Dies ist nur der Anfang.» Die Themen sind da. Die Chancen stehen also nicht schlecht.

Und auch Malgorzata Adamczyk an der anderen Ecke der Welt will weitermachen. Die junge Warschauerin sagt: «Das war erst der erste Schritt – in Richtung Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes.» 44 Millionen Likes sind für Gocha noch lange nicht genug.

MITARBEIT UND RECHERCHE: RALPH HUG

LINKS:

- pussyhatproject.com
- Ashley Judds Rap-Performance: youtube.com/watch?v=80R6TrYcGTM
- Scarlett Johansson: youtube.com/watch?v=6ofCjUz-Q
- womensmarch.com
- facebook.com/protestczarny
- twitter.com/search?q=%23Czarny



Windstrom: Gibt's bald schon kleine Kraftwerke fürs Hausdach?

Im Gegensatz zum Solarstrom ist es dem Windstrom noch nicht gelungen, preislich halbwegs attraktive, dezentrale Anlagen zu entwickeln. Das beginnt sich langsam zu ändern.

Wir erleben in Sachen neue erneuerbare Energien einen Umbruch, den die meisten von uns bisher nicht für möglich gehalten haben. In Deutschland werden neu Solaranlagen selbst im 10-Kilowatt-Bereich angeboten, die pro installiertes Watt Leistung nur mehr einen Franken kosten.

Die Zeitschrift «Photon» testet zurzeit solche Anlagen. Für alle Freundinnen und Freunde des Dreisatzes: Mit einem Watt installierter Leistung können wir pro Jahr in halbwegs guten Lagen eine Kilowattstunde Strom produzieren. Diese kostet heute im Landesdurchschnitt gut 20 Rappen. Wer die so produzierte Energie selber nutzt, hat seine Anlage also nach sechs Jahren verzinst, amortisiert und somit bezahlt. Ohne einen Franken Subventionen.

ALLES WIRD BESSER. Dezentrale Solaranlagen werden immer billiger. Genauso wie immer grössere Flachbildschirme und immer effizientere Wärmepumpen-Tumbler. Wenige freuen sich darüber. Weil alle etwas Angst vor Automatisierung und Rationalisierung haben. Der Grund: Die Produktivitätsfortschritte werden immer ungleicher zwischen Kapital und Arbeit verteilt. Davon profitiert zurzeit weniger die Linke als die fremdenfeindliche Rechte. Vielleicht, weil den Linken die Frechheit eines Donald Trump fehlt.

Solarstrom fällt vorab im Sommer an. Logo, denn dann scheint die Sonne. Windstrom fällt vorab im Winter an. Logo, denn dann pfeift der Wind um die Hausecken und über die Dachränder. Im Gegensatz zum Solarstrom ist es dem Windstrom bisher nicht gelungen, kleine, leise, preislich halbwegs attraktive, dezentrale Anlagen zu entwickeln. Wenn nicht alles täuscht, beginnt sich dies langsam zu ändern.

Viele Bikerinnen und Biker kaufen sich heute fahrbare Untersätze für nicht weniger als 6000 Franken. Für die Hälfte dieses Preises bietet das Unternehmen FuSystems SkyWind GmbH kleine Windkraftwerke für Hausdächer an. Die Zahlen dazu:

- Das in einem Stück aus Aluminium gefertigte Windrad hat einen Durchmesser von 1,5 Metern. Es soll sich relativ lautlos im Wind drehen.
- Die Nennleistung des Windrades beträgt 1 Kilowatt.
- Das Gewicht der gesamten Anlagen beträgt nicht einmal 16 Kilo. Dies einschliesslich eines in China produzierten Wechselrichters. Und eines in den USA gefertigten, mehr als leicht überdimensionierten Generators.

FuSystems hat in den letzten Jahren auch etwas Schrott produziert. In Internetforen beschwerten sich Käufer von kleinen Windkraftwerken der letzten Generation. Jetzt soll alles besser sein. Noch laufen Testversuche.

WASCH- UND WINDMASCHINEN. Wie viel kostet ein Kilogramm einer deutschen Bosch-Waschmaschine, die in allen Tests



FÜR DEN HAUSGEBRAUCH: Strom mit Photovoltaikzellen im Sommer und mit den FuSystems-Windredli für den Winter. FOTO: FUSYSTEMS SKYWIND

der Stiftung Warentest jeweils mit am besten abschneidet? Nur mehr 15 Franken. Und dies, obwohl Waschmaschinen hochkomplexe Dinger sind. Mit viel Mechanik, Elektromotoren sowie jeder Menge Sensoren und Steuerungen. Der Grund für den tiefen Preis: Weltweit werden von einem einzigen Hersteller jeweils Millionen mehr oder minder baugleicher Waschmaschinen produziert. Deshalb kann sich auf der ganzen Welt jede und jeder zweite bereits eine eigene Waschmaschine leisten.

Die Skywind-Windmaschinen kosten zurzeit noch 150 Franken pro Kilo. Und somit pro Kilo zehn Mal mehr als Wasch-

maschinen. Wenn Konzerne wie Bosch oder Samsung beginnen, kleine Windräder ebenso effizient zu produzieren wie Waschmaschinen, werden die Dinger mit den sich drehenden Aluminiumohren zu wahren Geldeseln.

In Deutschland kann man sich Skywind ohne Baugesuch auf das Hausdach montieren. Wie sieht das in der Schweiz aus? Jede Gemeinde hat ein eigenes Baureglement. Jeder Kanton ein eigenes Baugesetz. Deshalb braucht es so viele Baujuristen.

Wir bleiben dran und werden uns nächstens mal so ein Ding auf das Dach schrauben.

LINKS ZUM THEMA:

● goo.gl/7KMzQ3
Es lohnt sich, die Antrittsrede von Donald Trump im Wortlaut nachzulesen. Sein Prinzip: links blinken, fremdenfeindlich hupen und rechts abbiegen.

● goo.gl/JdOvD8
Wer sich für mehr technische Details der Windräder interessiert, wird hier fündig.

● www.myskywind.com
Die Website des Herstellers.

● goo.gl/8pU87D
Der deutsche Ökonom Heiner Flassbeck setzt sich in einer Serie mit den alles entscheidenden Fragen um Globalisierung und Automatisierung auseinander.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Wir entlarven Pinocchio-Nasen und Rosstäuscher!

work sagt, was ist. Und wie.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.



+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Zum Heulen – eine neue Studie aus der Westschweiz zeigt:

Mit dem ersten Kind kommt die Ungleichheit

Junge Eltern rutschen nicht freiwillig in die traditionellen Rollen. Strukturelle Gründe zwingen sie dazu.

SABINE REBER

Die Lebensläufe vieler Paare nehmen mit dem ersten Kind eine traditionelle Wende: Die Mutter bleibt zu Hause oder reduziert ihr Pensum, der Vater arbeitet Vollzeit. Eigentlich erstaunlich. Denn während der Schwangerschaft waren sich die meisten Paare noch einig, dass sie gemeinsam für das Kind sorgen und beide weiterarbeiten wollten. Das zeigt die Befragung von über 200 Paaren aus der Westschweiz.

René Levy, emeritierter Soziologieprofessor der Universität Lausanne, der das Studienprojekt leitete: «Die jungen Eltern wurden rasch von

«Viele Väter würden gerne mehr Zeit mit den Kindern verbringen.»

RENÉ LEVY, SOZIOLOGIEPROFESSOR

der Realität eingeholt. Sie fügten sich nun in die traditionellen Rollen, obwohl sie es anders geplant hatten.»

Die Studie zeigt, dass die Paare nicht in die traditionellen Geschlechterrollen zurückfallen, weil sie sich das so wünschen. Sondern, weil sie von äusserem Druck dazu gezwungen werden. Soziologe Levy ergänzt: «Mit der Zeit passen junge Eltern sogar ihre Wünsche der neuen Realität an und sagen, dass sie es so gewollt hätten.»

ANGST VOR TEILZEIT

Der Druck zeige sich auf vielen Ebenen, stellen die Forschenden fest: Soziale Erwartungen spielen eine Rolle. Aber auch die – je nach Wohnort – zu wenigen und/oder zu teuren Krippenplätze, der fehlende Vaterschaftsurlaub sowie die Schwierigkeit für Männer, Teilzeit zu arbeiten. René Levy: «Manche der jungen Väter gestanden, sie hätten den Chef nicht einmal um eine Reduktion des Pensums ange-



DA PASST MIR ETWAS GANZ UND GAR NICHT: Die Erkenntnis, dass die Geburt des ersten Kindes die jungen Paare in traditionelle Rollenmuster zwingt, ist aber auch wirklich zum Göissen. FOTO: EXPRESS

fragt, weil das im Betrieb so schlecht angesehen sei. Dabei würden sie gerne mehr Zeit mit den Kindern verbringen.»

Ausserdem falle bei der Entscheidung, wer sich um das Kind kümmere, auch die Lohndiskriminierung der Frauen ins Gewicht. Wenn der Mann mehr verdiene, dann werde letztlich doch eher die Frau daheim bleiben, stellt der Soziologieprofessor fest. Mit der Einschulung und bei mehreren Kindern erschweren einheitliche Stundenpläne und das Fehlen von Tagesschulstrukturen den Wiedereinstieg der Frauen ins Berufsleben zusätzlich. Levy: «Oft müssen Mütter das eine Kind in den Kindergarten bringen, das andere zur Schule, dann das erste wieder holen, Mittagessen kochen, am Nachmittag

das eine hierhin und das andere dorthin bringen... Wie sollen sie denn da noch einer vollen Erwerbsarbeit nachgehen können?»

DER STADT-LAND-GRABEN

Zwar gibt es in der Westschweiz statistisch gesehen etwas mehr Krippenplätze als in der Deutschschweiz. In den Kantonen Genf und Neuenburg sind es bis zu 60 Plätze pro 100 Kinder. Zum Vergleich: In Bern sind es 5 bis 10 Plätze pro 100 Kinder und in vielen Innerschweizer und Ostschweizer Kantonen weniger bis gar keine.

Doch das macht es den Frauen in der Romandie nicht unbedingt einfacher, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Krippenplätze konzentrieren sich auf die grossen Städte wie Genf und Lausanne, wo die Zah-

len ähnlich sind wie in Basel und Zürich, sagt Forscher Levy. Tatsächlich ist in grösseren Städten auch die Zahl der arbeitstätigen Frauen höher. Levy: «Der Stadt-Land-Graben fällt bei

Vor allem in den grossen Städten gibt es viele Krippenplätze.

der Gleichberechtigung der Geschlechter viel stärker ins Gewicht als der Röstigraben. Wer in kleineren Städten oder auf dem Land lebt, hat diesbezüglich schlechtere Chancen.»

René Levy, Jean-Marie Le Goff et al.: **Devenir parents, devenir inégaux.** Die Studie ist als Buch erhältlich, zu bestellen bei www.editions-seismo.ch (nur frz.).

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



VON WEGEN VORBEI: PRODUKTION LEIDET UNTER FRANKENSCHOCK

Der Franken ist nach wie vor 15 bis 20 Prozent überbewertet. Der Frankenschock ist nicht verdaut – entgegen gewissen Entwarnungen aus Grossbankkreisen. Die Realität in den Firmen ist zwar unterschiedlich. Der Pharma geht es gut. Auch Teile der Maschinenindustrie machen gute Geschäfte. Doch ebenso häufig sind Firmen mit Problemen anzutreffen. Das zeigen auch die Exportstatistiken. Die Schweizer Maschinenausfuhren sind heute sogar leicht tiefer als vor 15 Jahren (nominal).

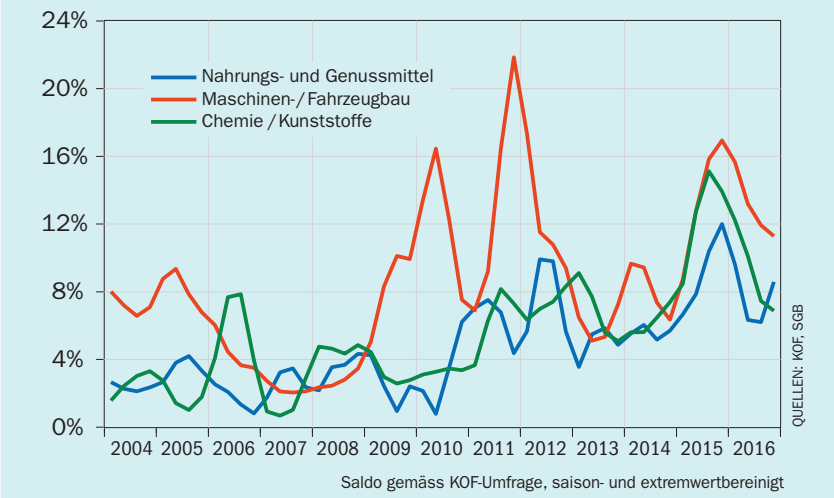
ENG PÄSSE. Bundesrat Schneider-Ammann, die Schweizerische Nationalbank (SNB) und die Wirtschaftsverbände riefen: «Die Firmen sollen mehr in die Entwicklung neuer Produkte und Prozesse investieren.» Das wollen die Betroffenen auch tun. Doch Investitionen kosten Geld. Und dieses Geld muss man zuerst auftreiben. Das ist in vielen Fällen nicht einfach. Gerade wegen des Frankenschocks leiden

viele Firmen unter finanziellen Engpässen. Das zeigen auch die Umfragen der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich. Die Zahl der Firmen, die in ihrer Produktion durch finanzielle Engpässe behindert sind, hat sich in den beiden grossen Aufwertschüben im Jahr 2010 und im Jahr 2015 mit der Aufhebung des Mindestkurses jeweils ungefähr verdoppelt. Das ist alarmierend. Denn hier geht es um finanzielle Probleme bei der täglichen Produktion. Würde man auch noch die Investitionen einbeziehen, wäre der Anteil der Firmen mit Problemen wesentlich grösser. Die Investitionsschwäche sieht man in den offiziellen Statistiken. Investitionen in Maschinen, Forschung, Computer und Software sind nach Aufhebung der Untergrenze nur schwach gestiegen.

KLARES ZIEL. Diese Probleme könnte die SNB mit einer aktiveren Geldpolitik lindern. Bereits die Ankündigung des Direktoriums, die Frankenüber-

Der aufgeblähte Franken hemmt die Produktion

So viele Firmen sind in ihrer Produktion durch finanzielle Engpässe behindert.



bewertung aktiver zu bekämpfen, könnte helfen. Noch besser wäre es, wenn sich die SNB ein klares Ziel setzen und dieses konsequent verfolgen würde. Und sei es nur, dass die SNB

in relativ kurzer Zeit eine positive Teuerung anstreben würde.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Trump, Le Pen & Co. Linke Antworten

Trump ist US-Präsident. Der Front national in Frankreich und die AfD in Deutschland sind im Aufwind. Bei uns fährt die Blocher-SVP einen immer radikaleren Kurs. Überall greift der Rechtspopulismus nach der Macht. Wie muss die Linke darauf reagieren? Diese brandaktuelle Frage stellt die SP-Bundeshausfraktion an einer öffentlichen Veranstaltung in Bern. Eingeladen ist unter anderen der deutsche Arbeitssoziologe Klaus Dörre aus Jena. Für ihn sind die rechtspopulistischen Erfolge vor allem eine Konsequenz aus den wachsenden Zumutungen des Marktes an die Lohnabhängigen, die diese ertragen müssen.

Der Aufstieg der neuen Rechten, 17. Februar, 19–21 Uhr, Campus Muri-Stalden, Bern. Eintritt frei. Mit Klaus Dörre, Line Rennwald, Roger Nordmann, Min Li Marti und Matteo Meyer.

Italianische Migration Ein Fotoband als Denkmal

Italianità gehört zur Schweiz. Doch als in den 1960er Jahren die ersten Arbeitsmigranten aus dem Süden kamen, gerieten sie in Feindesland. Wie sie sich schliesslich trotz Argwohn, Diskriminierung und Ausbeutung am Arbeitsplatz



in der schweizerischen Gesellschaft durchsetzen, zeigt der Fotoband «Grazie a voi» in eindrücklichen Bildern. Diese stammen meist aus Privatalben und zeigen das Leben der italienischen Gemeinschaft, ihren Alltag, ihre Feste und ihr Engagement in den eigenen Vereinen. Der Band setzt der Italienermigration ein längst fälliges fotografisches Denkmal.

Grazie a voi. Ricordi e Stima – Fotografien zur italienischen Migration in der Schweiz. Herausgegeben von Marina Widmer, Giuliano Alghisi, Rolando Ferrarese und Fausto Tisato. 372 Fotos, Limmat-Verlag Zürich, Fr. 54.–.

Globale Steuertricks Cartoonesk

Die reichsten acht Milliardäre besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Rechnung hat Oxfam gemacht. Die weltweite soziale Ungleichheit habe einen neuen Höchststand erreicht, sagt die Entwicklungsorganisation. Dies hat wesentlich mit der globalen Steuerhinterziehung von reichen Einzelpersonen und Konzernen zu tun. Diese bunkern laut Oxfam-Berechnungen rund 7,6 Billionen Dollar in Steueroasen. Geld, das den betroffenen Ländern für Infrastruktur und den Aufbau von sozialer Sicherheit fehlt. Die Organisation macht auf diesen monströsen Missstand mit einem gekonnt gemachten Youtube-Video aufmerksam.

Boss von Sternbacks Coffee auf www.oxfam.de, direkt zum Video kommen Sie via goo.gl/kuBjCa.



Peter Schmid
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Unfall: Ab wann gilt die Versicherung?

Das Jahr 2017 hat für mich denkbar schlecht angefangen. Die alte Arbeitsstelle hatte ich auf Ende September 2016 gekündigt und reiste dann zwei Monate quer durch Südostasien. Noch vor der Abreise unterschrieb ich den Arbeitsvertrag für eine neue Stelle, gültig ab dem 1. Januar 2017. Als erster Arbeitstag war der 3. Januar 2017 vorgesehen. Doch dann stürzte ich am 2. Januar beim Skifahren und musste mit einer komplizierten Fussverletzung ins Spital. Jetzt weigert sich die Unfallversicherung des neuen Arbeitgebers, für die Kosten dieses Unfalls aufzukommen. Sie schreibt in ihrer Verfügung, der Unfall sei vor Antritt der neuen Arbeitsstelle passiert. Deshalb erbringe sie keine Leistungen. Hat die Versicherung wirklich recht?

PETER SCHMID: Nein. Der Sachbearbeiter der Unfallversicherung hat offenbar noch nicht mitbekommen, dass das Unfallversicherungsgesetz genau in diesem Punkt zugunsten der Versicherten geändert worden ist. Diese Gesetzesänderung ist seit dem 1. Januar 2017 in Kraft. Neu kommt es nicht mehr darauf an, welches der erste Arbeitstag ist. Die Versicherung läuft jetzt bereits ab Beginn des Arbeitsverhältnisses. Dieses begann am 1. Januar 2017, so steht es in Ihrem Vertrag. Dass Sie wegen der Feiertage erst am 3. Januar mit Arbeiten hätten anfangen müssen, spielt keine Rolle. Die Unfallversicherung muss in diesem Fall die gesetzlichen Leistungen erbringen. Achtung: Sie müssen innerhalb von dreissig Tagen nach Erhalt der Verfügung bei der Unfallversicherung eine sogenannte Einsprache erheben. In diesem eingeschriebenen Brief an die Versicherung müssen Sie verlangen, dass diese für den Unfall die Kosten übernehme. Legen Sie eine Kopie Ihres Arbeitsvertrages bei und weisen Sie darauf hin, dass der Unfall während des Arbeitsverhältnisses passiert sei.

Familienzulagen: Bekomme ich sie für Kinder in Albanien?

Ich komme aus Albanien und arbeite schon seit vier Jahren in der Schweiz. Vor kurzem ist mein Ehemann gestorben. Da unsere beiden Kinder noch klein sind, leben sie bis auf weiteres bei meinen Eltern in der albanischen Hauptstadt Tirana. Seit die Kinder nicht mehr in der Schweiz sind, bekomme ich für sie keine Familienzulagen mehr. Bei uns im Betrieb arbeitet eine alleinerziehende Griechin. Ihre Tochter wächst bei einer Tante in Griechenland auf. Diese Kollegin erhält eine monatliche Familienzulage von 200 Franken. Hätte nicht auch ich Anspruch auf eine Familienzulage für meine beiden Kinder, die in Albanien leben?

PETER SCHMID: Leider nein. Für Kinder mit Wohnsitz im Ausland werden in der Schweiz nur dann Familienzulagen ausbezahlt, wenn zwischenstaatliche Vereinbarungen dies so vorsehen. Zwischen Albanien und der Schweiz besteht kein solches Sozialversicherungsabkommen. Deshalb erhalten Sie für Ihre beiden Kinder, die in Albanien aufwachsen, keine Familienzulagen in der Schweiz. Anders ist es für Bürgerinnen und Bürger eines EU-Staats, die in der Schweiz erwerbstätig sind. Sie erhalten für ihre Kinder im Ausland dann Familienzulagen, wenn diese Wohnsitz in einem EU-Staat haben. Von dieser Regelung profitiert Ihre Kollegin, da sie als Griechin Staatsbürgerin eines EU-Landes ist und ihre Tochter in Griechenland lebt.

12 workservice 3. Februar 2017

Bedenkliches, Erfreuliches und Historisches:

Das gilt seit 2017 neu bei den

Alle zwei Jahre erhöht der Bundesrat die AHV-Renten. Aber nicht 2017, auch wenn eine Anpassung fällig gewesen wäre.

DORIS BIANCHI, SINA BÜHLER

Es hat sich einiges geändert bei den Sozialversicherungen auf den 1. Januar 2017. Die wichtigen Neuerungen finden Sie hier, zusammengestellt vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Erste Säule

Normalerweise steigen die Renten aus der ersten Säule alle zwei Jahre, wenn der Bundesrat sie der Teuerung und Lohnentwicklung anpasst. Normalerweise, denn diesmal ändert sich nichts – auch wenn seit der letzten Anpassung zwei Jahre vergangen sind. Die Renten bleiben auf dem Stand von 2015. Das ist in der Geschichte der AHV einmalig.

Damit beträgt die minimale AHV-Rente weiterhin 1175 Franken im Monat, die maximale Rente liegt bei 2350 Franken. Auf diese Beträge kommt aber nur, wer vom zwanzigsten Altersjahr bis zur ordentlichen Pensionierung ohne Unterbruch einbezahlt hat.

Neu hingegen ist, dass die Ausgleichskassen und Arbeitgeber den neu angestellten Mitarbeitenden keinen Versicherungsausweis mehr aushändigen müssen. Leider verlieren Arbeitnehmende so den Beweis, dass der Chef Sie ordentlich bei der AHV angemeldet hat. Sie sollten das deshalb selber kontrollieren. Wie das geht, lesen Sie im «worktipp».

Zweite Säule

Aus der zweiten Säule – der Pensionskasse – gibt es im Alter immer weniger Geld. Der Bundesrat hat den Mindestzinssatz, mit dem das Altersguthaben verzinst wird, von 1,25 Prozent auf 1 Prozent gesenkt. Das ist der tiefste Wert seit Einführung der obligatorischen beruflichen Vorsorge vor 32 Jahren. Und auch sonst gibt es einige Änderungen:

SCHEIDUNGEN

Bei einer Scheidung wird das während der Ehe angesparte Pensions-

kassenguthaben zwischen dem Ehemann und der Ehefrau geteilt. Dieser «Vorsorgeausgleich» ist neu geregelt.

Grundsätzlich gilt immer noch, dass hälftig geteilt wird. Die Frau erhält die Hälfte des Betrags, den der Mann während der Ehe in der Pensionskasse angespart hat und umgekehrt. Neu ist der Zeitpunkt: Geteilt wird nämlich am Tag, an dem das Scheidungsverfahren eingeleitet wird, und nicht mehr bei seinem Ende – was Jahre

Die minimale AHV-Rente liegt weiterhin bei Fr. 1175.–.

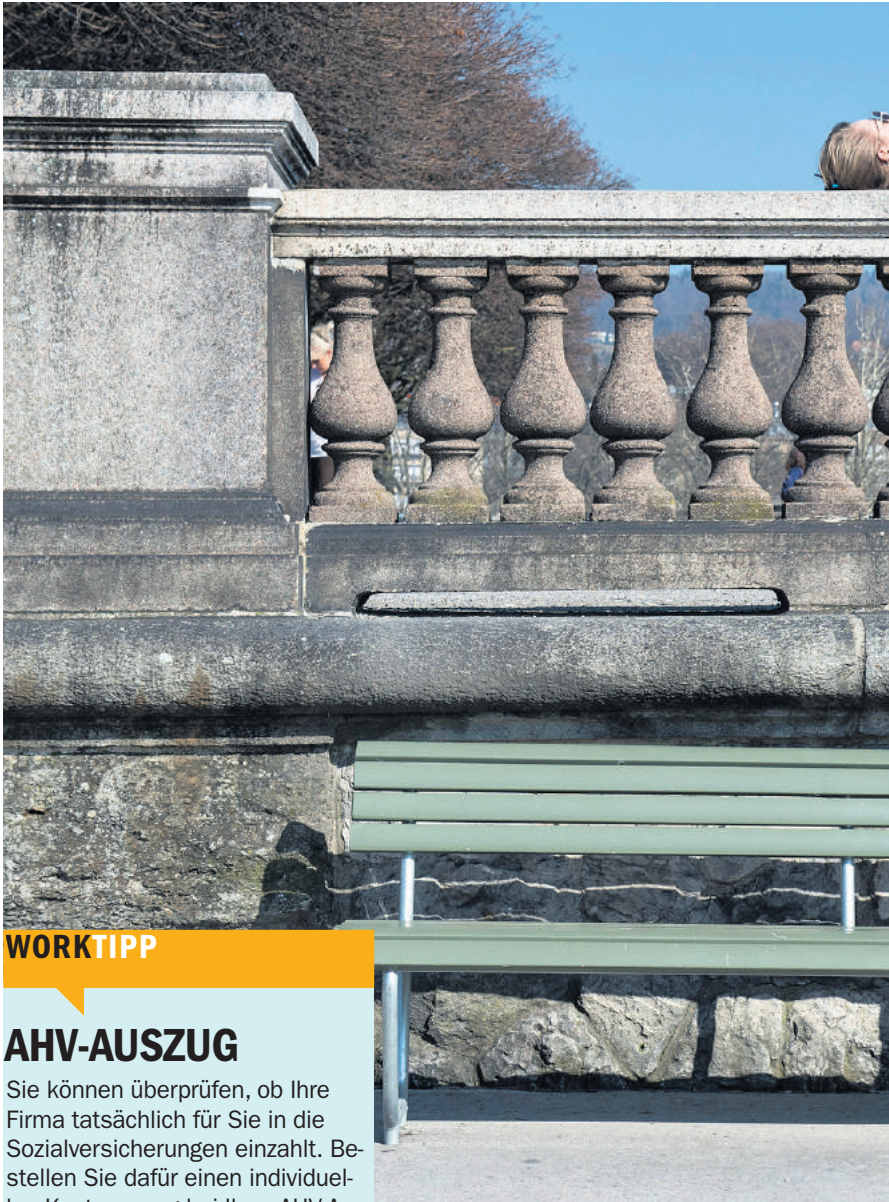
später sein könnte. Und: Die Ehepartner teilen sich Pensionskassenguthaben künftig auch dann, wenn einer der beiden bereits pensioniert ist oder eine IV-Rente bezieht.

Seit dem 1. Januar haben Pensionskassen und Freizügigkeitsstiftungen die Pflicht, alle Kontoinhaberinnen und -inhaber der sogenannten Zentralstelle 2. Säule zu melden. So können Scheidungsgerichte kontrollieren, ob jemand bei der Teilung ein Guthaben verschweigt. Wenn ein Partner oder eine Partnerin ohne zweite Säule bei der Scheidung ein Pensionskassenguthaben erhält, kann das in eine Rente umgewandelt werden.

Diese Anpassungen haben auch rückwirkend Folgen, in erster Linie betreffen diese Konsequenzen geschiedene Witwen. Sie können bis Ende 2017 beim Scheidungsgericht einen Antrag stellen, um die Teilung neu berechnen zu lassen.

WAHL DER ANLAGESTRATEGIE

Per Mitte 2017 tritt eine Revision in Kraft, die die Pensionskassen betrifft, die ausschliesslich hohe Löhne über 127'000 Franken versichern. Diese können künftig das Anlagerisiko komplett auf die Versicherten übertragen, ähnlich wie bei einer Bank. Das bedeutet aber:



WORKTIPP

AHV-AUSZUG

Sie können überprüfen, ob Ihre Firma tatsächlich für Sie in die Sozialversicherungen einzahlt. Bestellen Sie dafür einen individuellen Kontoauszug bei Ihrer AHV-Ausgleichskasse. Das Formular finden Sie unter www.ahv-iv.info. Die Übersicht über die zweite Säule bekommen Sie jedes Jahr automatisch: den Pensionskassenausweis. Kontrollieren Sie, ob die Einzahlungen mit den Abzügen auf Ihrem Lohnausweis übereinstimmen. Es sollte der doppelte Betrag sein, denn die Hälfte zahlt Ihre Firma.

Rentieren die Anlagen der Versicherung zu wenig, kann es sein, dass Versicherte bei Pensionierung weniger auf dem Konto haben, als sie eigentlich einbezahlt haben.

Unfallversicherung

Mit der Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) ist jetzt

ABSCHALTEN: Wer sein Leben lang gearbeitet

genau geklärt, ab wann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der obligatorischen Unfallversicherung gedeckt sind. Der Schutz beginnt immer am ersten Tag eines Arbeitsverhältnisses. Und zwar auch dann, wenn dieser auf ein Wochenende oder einen Feiertag fällt (mehr dazu in «Das offene Ohr» links). Der Schutz endet immer am 31. Tag, also einen ganzen Monat nachdem ein Arbeitsverhältnis zu Ende gegangen ist.

Im Anschluss daran können Sie eine sogenannte Abredeversicherung für sechs Monate abschliessen und auf diese Weise den obligatorischen Unfallschutz für Nichtberufsunfälle verlängern. Ist diese Frist vorbei und ha-

Selbst wenn Sie eine geizige oder Frieren müssen

Auch wenn die Temperaturen draussen eisig sind, gelten für das Büro und für die Werkstatt Minimaltemperaturen.

SINA BÜHLER

Die Frau sitzt dick eingepackt an der Kasse und tippt mit fingerlosen Handschuhen Preise. Sie trägt eine Daunenjacke und einen Schal und hat sich eine Decke auf die Beine gelegt. Doch die Frau arbeitet nicht etwa auf einer Eisbahn oder auf

Wenn nichts mehr hilft, hilft das Arbeitsinspektorat.

dem Markt. Sie ist Angestellte eines Supermarkts. «Wir haben die Temperatur gemessen. Sie

liegt bei 15 Grad», sagt sie. Sie habe sich mehrfach bei ihrem Chef beklagt. Doch wärmer wurde es nicht.

UNTERSCHIEDE. Damit abfinden muss sich die Verkäuferin nicht. Denn es gibt eine Verordnung zum Arbeitsgesetz mit Regeln für das Raumklima (zu finden auf goo.gl/nySCSK). Dort heisst es nämlich: «Raumtemperatur, Luftgeschwindigkeit und relative Luftfeuchtigkeit sind so zu bemessen und aufeinander abzustimmen, dass ein der Gesundheit nicht abträgliches und der Art der Arbeit angemessenes Raumklima gewährleistet ist.» Die Temperaturgrenzen hängen stark von der Art der Arbeit ab. Am wärmsten müssen Räume sein, in denen die Angestellten sitzende, vor allem geis-

ABFRIEREN: Beim Schlittschuhlaufen ist's freiwillig – im Büro geht's hingegen gar nicht. FOTO: ISTOCK



Sozialversicherungen



hat, soll im Alter anständig leben können. Doch 2017 gibt's nicht mehr Rente. FOTO: KEY

ben Sie keine neue Stelle, müssen Sie sich selber versichern.

FÜR PENSIONIERTE GEKÜRZT

Wenn Sie eine Rente der Unfallversicherung bekommen und das AHV-Alter erreichen, wird Ihre Unfallrente gekürzt. Entscheidend für die Berechnung sind zwei Faktoren: der Invaliditätsgrad und Ihr Alter beim Unfall. Bei einer Invalidität von weniger als 40 Prozent wird Ihnen für jedes Altersjahr über 45 ein Prozent Rente abgezogen. Maximal sind es 20 Prozent weniger.

Bei einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent oder mehr liegt der Abzug bei zwei Prozent pro Jahr, also bei maximal 40 Prozent. Ein Rechenbeispiel: Ein Arbeitnehmer,

der mit 56 Jahren verunfallt und zu 50 Prozent invalid wird, muss bei seiner Pensionierung eine Unfallrentenkürzung von 22 Prozent hinnehmen. Diese Änderung tritt nicht sofort in Kraft. Ab 2025 werden die Abzüge konstant erhöht, die volle Kürzung gibt's ab 2029.

Krankenversicherung

Die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung steigen weiter. 2017 sind es durchschnittlich 4,5 Prozent. Gestiegen ist auch ein Zuschlag für die Prävention, der automatisch mit Ihrer Prämie verrechnet wird. Dieser Beitrag lag seit 1998 bei Fr. 2.40 pro Jahr. 2017 steigt er auf Fr. 3.60, 2018 auf Fr. 4.80.

UNKOMPLIZIERTE HILFE FÜR ASBESTOPFER

GELD AUS DEM FONDS

Asbestopfer sollen rasch und unkompliziert Hilfe aus einem Entschädigungsfonds erhalten. Gewerkschaften, Vertreter und Vertreterinnen von Asbestopfern, Unternehmen, die früher Asbest herstellten, und Versicherungen haben das Ende Jahr ausgehandelt. Die Neuerung betrifft Opfer, die nicht beruflich in Kontakt mit der hochgiftigen Faser kamen, sondern aus anderen Gründen. Beispielsweise, weil sie in der Nähe einer verseuchten Baustelle lebten oder die Fasern über die Kleider eines Familienmitgliedes einatmeten.

VERBOTEN. Wer also an einem Mesotheliom – einem asbestbedingten bösartigen Tumor im Bauch- und Brustfellbereich – erkrankt, bekommt beim Ausbruch der Krankheit sofort eine Entschädigung aus diesem Fonds. Im Gegenzug sollen die Opfer auf Klagen verzichten. Heute noch erkranken in der Schweiz bis zu 120 Personen im Jahr an den Folgen von Asbest, obwohl seine Verwendung seit 1990 verboten ist. (sib)

Mehr Infos unter goo.gl/BB0hLf und goo.gl/b4Rhec.

kaltherrige Chefin haben: Sie am Arbeitsplatz nicht

tige Arbeit leisten, nämlich zwischen 21 und 23 Grad. Für die Arbeit an einer Kasse, das heisst «sitzende, leichte Handarbeit», dürfen Räume ein wenig kühler sein: zwischen 20 und 22 Grad. In Räumen, in denen Angestellte «schwere körperliche Arbeit» leisten, können auch Temperaturen zwischen 12 und 17 Grad herrschen.

Ist es an Ihrem Arbeitsplatz kälter, als es die Temperaturgrenzen vorgeben, sollten Sie zuerst Ihre Vorgesetzten informieren. Diese haben die Pflicht, die Gesundheit der Angestellten zu schützen. Eine angenehme Raumtemperatur gehört dazu. Wenn aber nichts passiert, so können Sie sich an das kantonale Arbeitsinspektorat wenden (die Adressen: goo.gl/Yhr2aC). Dieses muss reagieren, wenn

Ihre Gesundheit gefährdet ist. Ihre Beschwerde bleibt vertraulich, die Inspektorinnen und In-

Auch für die Jobs im Freien gibt es Regeln zum Búezer-Schutz.

spektoren werden bei der Kontrolle nicht erwähnen, ob sie Kontakt mit Mitarbeitenden hatten.

KÄLTEARBEIT. Diese Richtlinien gelten nur für Innenräume. Es gibt aber auch für die Arbeit im Freien – zum Beispiel auf dem Bau – gewisse Regeln. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat eine Broschüre dazu herausgegeben (goo.gl/lajKKh). Sie listet beispielsweise Vorkehrungen auf, die Vorgesetzte treffen

müssen. Dazu gehören technische Massnahmen (Infrarotstrahler, beheizte Fahrersitze, Lüftungen ausschalten) und Organisatorisches (individuelle Pausen in der Wärme, Heissgetränke und Thermounterwäsche). Von Kältearbeit ist schon die Rede, wenn das Thermometer unter 15 Grad sinkt.

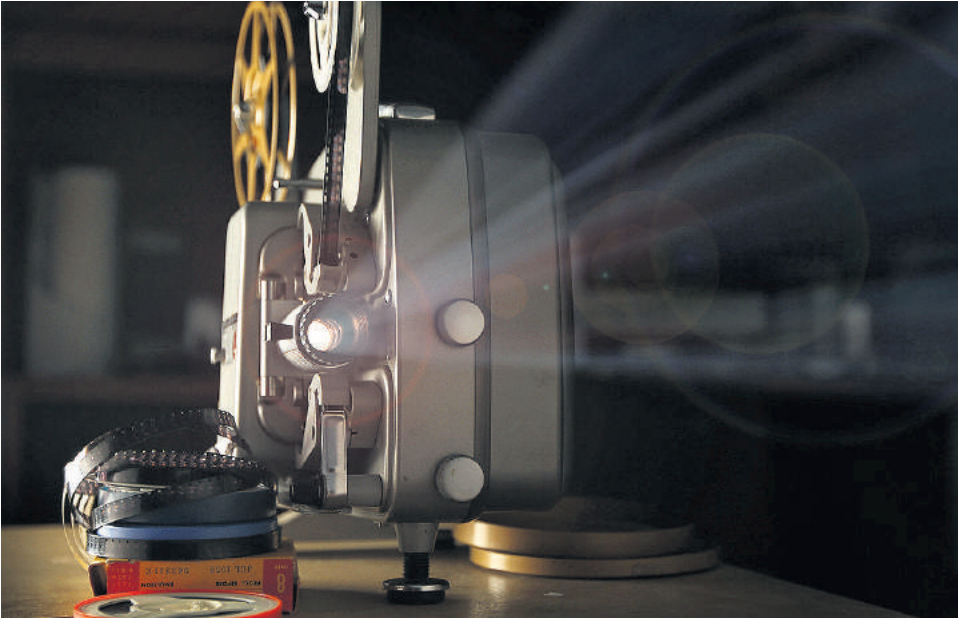
Trotzdem gibt es keine Temperaturuntergrenze, ab der Sie nicht mehr arbeiten müssen. Was es gibt, sind Empfehlungen für den Aufenthalt im Freien und Aufwärmepausen. Zwischen 15 Grad und minus 5 Grad sollten Sie nach 150 Minuten Arbeit 10 Minuten Pause machen. Liegt die Temperatur zwischen minus 5 und minus 18 Grad, ist eine Viertelstunde Pause bereits nach 90 Minuten empfohlen.

WÄHREND DER SCHWANGERSCHAFT AUFGEPASST!

Schwangere Frauen haben Anrecht auf besonderen Schutz ihrer Gesundheit. Das heisst, sie müssen beispielsweise keine gefährliche oder beschwerliche Arbeit verrichten. Weil tiefe Temperaturen für Schwangere und Kind gefährlich sein können, muss ihnen die Firma eine angemessene Ersatztätigkeit anbieten. In der Unia-Broschüre «Erwerbstätig und Mutter» finden Sie alle Informationen, Gesetze und Empfehlungen: goo.gl/ocZi1U.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ABFILMEN: Wer seine Super-8-Erinnerungen in die digitale Welt beamen will, kann sie entweder selber neu aufnehmen oder sie vom Profi scannen lassen. FOTO: FOTOLIA

Machen Sie Ihre Super-8-Filme fit für die Gegenwart

Viele Hobbyfilmerinnen und -filmer besitzen noch ganze Sammlungen von Super-8-Filmen. Wer diese Werke dauerhaft retten will, sollte sie digitalisieren. Dazu gibt es zwei Methoden:

Wird Bild für Bild eingescannt, steigt die Filmqualität.

AB LEINWAND. Dafür brauchen Sie eine gute Filmkamera und einen Super-8-Projektor. Die digitale Bildqualität ist etwas schlechter als beim professionellen Scannen, aber meist noch befriedigend. Wichtig: Das Bild sollte möglichst klein auf eine glatte Oberfläche projiziert werden, am besten auf ein weisses A3-Blatt. Eine detaillierte Anleitung siehe www.saldo.ch/dD6343.

IM FACHGESCHÄFT. Wählen Sie ein Geschäft, das die Filme nicht nur abfilmt, sondern Bild für Bild einscannet. So wird die Filmqualität besser. Qualitative Unterschiede gibt es auch bei der Filmdatei. Einige Fachgeschäfte speichern die Filme in der hochauflösenden HD-Version, andere in normaler DVD-Qualität. Ob eine HD-Datei eine sichtbare Verbesserung bringt, entscheidet das Ausgangsmaterial. Ein Vergleich der verschiedenen Geschäfte im Vorfeld lohnt sich. Denn bei den Preisen und Angeboten gibt es grosse Unterschiede. Tipp: Wollen Sie eine grosse Anzahl von Filmspulen digitalisieren, lohnt es sich, einen kurzen Probefilm einzusenden. MARC MAIR-NOACK

Die neue Website von Alliance Sud Gutsortierte News aus aller Welt

Sie möchten Infos zur aktuellen Entwicklungspolitik? Bei Alliance Sud ist die Suche kinderleicht geworden.

Alliance Sud, die Dachorganisation der grossen Schweizer Hilfswerke, hat ihre Website neu lanciert. Das Resultat ist übersichtlich und nützlich. Wer Hintergrundinformationen sucht, findet im Bereich Infodoc fast alles: ausgewählte Onlineartikel, Videos und Multimediale Beiträge und eine Bibliothek.

ALLE MEINE FARBEN. Ausserdem hat die Organisation eine Sammlung elektronischer Dossiers zu verschiedenen Themen zusammengestellt: beispiels-

weise grüne Wirtschaft, Rohstoffe Unternehmensverantwortung, Menschenrechte. Die verbesserte Suchmaschine, die Sie nach Themen und Ländern gliedern können, durchsucht nicht nur Infodoc, sondern die ganze Website. Originell ist

Die Suchmaschine ist sehr effizient.

die farbliche Unterscheidung: Nachrichten aus Politik und Lobbying sind dunkelblau hinterlegt, News und Informationen aus verschiedenen Quellen sind hellblau. Alliance Sud wird von Solidar Suisse, dem Hilfswerk der Schweizer Gewerkschaften, unterstützt. www.alliance-sud.ch

workrätsel Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka-guide.ch

LÖSUNG, GEWINNERIN UND GEWINNER AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: BERUFSBILDUNG

R	S	B	H	E	E	U	
P	R	O	F	I	T	A	R
O	S	R	A	R	E	F	E
S	T	A	T	U	T	B	A
K	A	P	A	L	I	N	I
O	H	R	N	R	N	D	R
H	A	B	E	R	U	D	O
T	L	R	O	B	I	R	K
J	A	U	C	H	E	C	N
H	A	M	S	T	E	R	A
M	A	M	E	T	A	L	L
Z	I	E	G	L	E	R	C
R	R	O	M	A	N	B	A
L	A	M	A	P	N	E	U
K	A	M	P	A	G	N	E

DEN PREIS, je einen Coop-Einkaufsgutschein im Wert von Fr.150.-, gesponsert von Coop Rechtsschutz, haben gewonnen: Hansueli Kämpf, Burgdorf BE; Denis Reber, Biel; Tabea Zurbuchen, Worblaufen BE. Glückwunsch!

Merz u. er wollen uns wieder verschaukeln	Tiere, die in d. Anden leben	Vergrößerungsglas	Längenmass	Schweizer Haus aus Holz i. den Bergen	Begabung, so gesagt	mit ihm sieht man	Handlung	er unterrichtet Schüler	er entwirft z.B. Möbel	Samstag, kurz	damit ist man bereit fürs Risiko
L				Ziegler: der in Prag				Teil des Verdauungsapparats			
rund und dünn: mit ihr hörte man Musik		war griech. Philosophenschule	ziemlich geschmacklos	9		die haben uns abgehängt, so Lampert	chem. Zeichen f. Thorium	Vorsilbe: einzig ... (von hinten)	8	sie ist mit dem Märchen verwandt	er, wie Portugiesen sagen
1				verarbeitete Tierhaut			der Marc, Ex-Schweizer Tennisspieler				
ausser ihnen nichts gewesen	Top-Level-Domain d. Türkei		damit ist Gallen Schweizer Stadt	Abk. f. Europ. Rechn.-einheit	Kleidungsstück, meist für Männer	überragend					Versager
Synonym für WC		Banken vergeben sie oder auch nicht	hochwertig	sie sagt, wie spät es ist			Getreide, gut für dunkles Brot				
für Psychologen das Unbewusste	gerichtliche Unterlage			weibl. Vorname	4		das Talent, so work, auf Hürdenlauf	Auto-schild in Montenegro		Vorbeter in der Moschee	
L		Geld: viele Arbeiter verdienen zu wenig	H.n. = beliebtes Haustier	11	Geistiges Eigentum, abgekürzt	sehr schweres Metall		12	Abtrünniger (oft der Kirche)	südamerik. Staat beim Äquator	
Wollmützen haben teils eine	...-Merz & Bschiiss-Maurer, titelte work					sie löste die LP ab	männl. Hirsche haben eines	ältester Teil Moskaus			
L					beliebtes Jassspiel	neun als röm. Zahl	Erb-faktoren		ungefähr, aber kürzer		engl.: Kiefern
ein Tag der Woche	bräunliches Gelbgrün	Figur, passt zur Fasnachtszeit	Städtchen i. Piemont und Spumante	der Richard ist US-Filmschauspieler	L			nicht Donald Duck, aber auch ein Comic	7		
L					jetzt		Wasser-tiefe, Abk.	Doppel-konsonant		zu keiner Zeit	früherer Name Tokyos
Getränk: alkoholisch und erfrischend		vom Wild: Nahrung aufnehmen		5	Autokennzeichen v. Carouge	Endos SMS an es		zu Ende gehen			
L			ein Paar: Lug und er			Autokennzeichen v. Minusio	Röhre mit drei Elektroden				
beim Geld ... so work, gilt national bis furzeal		3				man trägt ihn auf dem Kopf		bei den Griechen Gott der Liebe			10

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 10. Februar 2017

INSERTATE

Wird verschwiegen:

Steuerreform kostet jeden Haushalt 1000.– pro Jahr!

NEIN

zum Unternehmenssteuer-Bschiss

www.unia.ch/usr3

UNIA

Geboren in der Schweiz. Wie ihre Eltern.

Jede Stimme zählt!

Erleichterte Einbürgerung für Kinder der 3. Generation

Ja

UNIA



WORKLESERFOTO

WORKFRAGE VOM 20. 1. 2017

Sind Sie am Wochenende für Ihren Chef erreichbar?

GESUNDER MENSCHENVERSTAND
Es ist schön und gut, wenn work Tipps gibt, wie man sein Handy so programmiert, dass der Chef oder die Chefin nicht mehr anrufen kann. Aber letztlich ist das doch eine Sache des gesunden Menschenverstands und der Eigenverantwortung. Damit sind aber natürlich beide Seiten gemeint. Die Vorgesetzten sollen das Privatleben ihrer Angestellten respektieren. Und diese sollen am Wochenende das Büro auch mal Büro sein lassen.

SALVATORE ROMANO, ZÜRICH

DIE GRENZEN VERSCHWIMMEN
Wichtig und richtig, dass der ständigen Erreichbarkeit ein Riegel geschoben wird. Die Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben verschwimmen sowieso je länger, je mehr. Und wenn die Chefs verlangen, dass man auch nach Feierabend und am Wochenende noch für die Arbeit zur Verfügung stehe, ist es schwierig, sich als Angestellte dagegen zu wehren. Es ist aber schon schwer enttäuschend, was da bisher in der Schweiz passiert ist. Im Grunde nämlich gar nichts. Wenn die Privatwirtschaft nicht von selber vorwärtsmacht, muss hier halt der Gesetzgeber einschreiten.

REGULA GERBER, LANGENTHAL BE

EINFACHE LÖSUNG
Die einfachste Lösung: ein Handy für den Job, eines fürs Privatleben.

THOMAS WEBER, BANNWIL BE

Buntes Brauchtum
WANN 31. Dezember 2016
WO Urnäsch AR
WAS Silvesterchläuse ziehen zum Jahresanfang durchs Dorf.
Eingesandt von Urs Oskar Keller, Landschlacht am Bodensee TG

Gewinnen Sie 100 Franken!
Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 1 / 20.1.2017: LÜGEN-MERZ UND BSCHISS-MAURER
Courage!

Hier in Mammern TG (600 Einwohner) hat es viele Plakate, die für die Unternehmenssteuerreform III werben: «Für die Schweiz», «Zu unserem Schutz» usw. Der Beitrag im neuen work spricht da eine ganz andere Sprache. Zu Recht. Um hier in der finsternen SVP- und FDP-Provinz eine (und einzige) Gegeninformation zu leisten, haben wir eine Infotafel mit der work-Front vor unserem Haus an die Strasse gestellt. Da die hiesige Dorfbevölkerung erfahrungsgemäss keine Aufklärung wünscht, wird es wohl in Kürze runtergerissen oder verschandelt werden. Courage!

MICHEL BRAUN, ADRIAN BRAUN, MAMMERN TG

Wutbürger und Gutbürgerinnen

Ob Unternehmenssteuerreform (USR), Steuerwettbewerbe, Bankenrettungsprogramme,

Ausländermigration oder die Verdrängung des Industriestandortes Schweiz: Alles wird mit grosser Arroganz von den Markt- und Finanzmachtgläubigen gesteuert, gewürzt mit dem Patentrezept Angst. Von der USR III profitieren würden multinationale, börsenkotierte Unternehmen mitsamt ihren Aktionärinnen und Aktionären. Dafür bezahlen würden einmal mehr die, die eh schon übermässig geben, wir Steuerzahlenden, Kantone und Gemeinden. Es wäre an der Zeit, dass wir aufzeigen, wie wir eine Steuerreform sehen würden. Als erstes überweisen wir die Steuerbeträge auf ein Sperrkonto. Dann legen wir fest, was die Schweiz als gesamtes, was die Kantone und die Gemeinden für ihre Bereiche an finanziellen Mitteln benötigen. Diese Ansätze gelten dann fix über eine Legislaturperiode von vier Jahren. Es werden in dieser Zeitspanne keine zusätzlichen Gebühren erhoben. Anschliessend kann man über Steueranpassungen für nicht aktionärsabhängige Unternehmen, die für das Gesamtwohl produzieren, diskutieren. So könnten wir auf Pokerspiele und Schuldenbremsen verzichten. Auch würde das Gejammer über unsinnige Bürokratie wohl verschwinden. Wutbürger würden wieder zu innovativen Gutbürgerinnen. Wär dies nicht ein besserer Weg?

BEAT JURT, WORBLAUFEN BE

WORK 1 / 20.1.2017: ICH ERINNERE MICH GUT
Ein Geben und ein Nehmen

Begriffe, die wir täglich brauchen, können trotzdem falsch sein. Die Begriffe «Arbeitnehmer» beziehungsweise «Arbeitgeber» zum Beispiel täuschen vor, dass der Arbeitgeber etwas geben würde, der Arbeitnehmer aber etwas nehmen würde. Dabei ist klar, dass der Begriff «Nehmer» einen negativen Beigeschmack hat, der «Geber» jedoch tönt positiv nach gönnerhaftem Flair. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: Der

«Arbeitnehmer» ist ein Mensch, der seine Arbeitskraft zur Sicherung der Existenz verkaufen muss. Der «Arbeitgeber» nimmt seinerseits die Arbeitsleistung entgegen, bezahlt dafür einen Lohn und macht noch einen schönen Profit, den er sich in die eigene Tasche steckt. Deshalb gefällt mir, dass Oliver Fahrni in seinem Editio von den Arbeitenden spricht. Als Ergänzung müssten die «Arbeitgeber» als Unternehmer und in der Kurzform als «die Nehmer» bezeichnet werden. Lob gebührt, so gesehen, auch Endo Anaconda für sein SMS, das mit seiner Deutlichkeit keine Fragen offenlässt. DankEndo!

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

WORK 1 / 20.1.2017: «DER SCHWEIZER PASS WÜRDTE MIR VIEL BEDEUTEN»

Auftritt und Lautstärke

Man nehme den kleinen Kanton Uri. Gemäss Statistik wohnen dort gerade einmal etwa 36 000 Menschen. Und das sind immer noch rund 10 000 Menschen mehr als die ungefähr 25 000 Personen, die von einem Ja zur erleichterten Einbürgerung in der Schweiz profitieren könnten. SVP-Nationalrat Andreas Glarner und sein Komitee gegen die erleichterte Einbürgerung befürchten, wegen dieser kleinen Gruppe, zu welcher auch Davide Zippo gehört, unkontrollierte Einbürgerungen. Doch Zahlen und Tatsachen sind im postfaktischen Zeitalter überflüssig geworden. Wichtiger sind der Auftritt und die Lautstärke. Mit den Retro-Burka-Angst-Plakaten haben SVP-Glarner und seine Mitstreiter wieder einmal ihr Ziel erreicht. Ihre Kampagne – auch wenn diese fernab von aller Sachlichkeit geführt wird –, findet ein grosses mediales Echo. Bleibt die Hoffnung, dass sich die Stimmentenden bis zum 12. Februar am Ende den Fakten zuwenden. Dann wird die Vorlage für eine erleichterte Einbürgerung auch angenommen werden.

PASCAL MERZ, SURSEE LU



workwort

Ticken

Und sie tickt und tickt und tickt: die Schweizer Uhr. Und auch ich ticke. Die Uhr läuft 48 Stunden, bei mir ist offen, wie lange. Die Uhr läuft und läuft – bis zum Ende der Spannung. Und ich, wie ticke ich? Einen Tick zu schnell, zu langsam? Richtig oder falsch? So gehen meine Gedanken, während ich mir vorstelle, wie lange ich noch ticke, vor dem letzten Tick, dem letzten Ausholen der Unruh. Dem letzten Zucken des Ankers. Ticktackticktack. Der letzte Atemzug vor dem Einschlafen und der erste beim Erwachen. Dem Augenblick, in dem ich nicht weiss, ob ich schon richtig ticke oder noch auf den Morgen warte. Ob da was ist mit einer tickenden Zeitbombe? Oder mit dem glücklichen Erwachen im reich blühenden Frühlingfeld? O du liebe Sonnenuhr, zähl die heiteren Stunden nur!

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «workwort».

WORKPRÄZIS

LOHNTABELLE IM WORK 1 / 17
Die Ergebnisse, die in der Tabelle für die Branche Gerüstbau festgehalten sind (Erhöhung Löhne generell Fr. 25.–, Erhöhung Mindestlöhne Fr. 15.–), gelten noch bis zum 31. März 2017. Für die Zeit danach gibt es noch kein definitives Resultat.

HASAN KASARCA
KULTUR-SCHOCK
Aufgewachsen ist Hasan Kasarca in Deutschland: Sein Vater war Gastarbeiter auf dem Bau. Als er 16 ist, zieht die ganze Familie in die Türkei. Für ihn ein Kulturschock: «Ich fühlte mich im eigenen Land nicht zu Hause. Im Kopf war ich Europäer.»

KURDE. Kommt dazu: Als Kurde fühlt er sich in der Türkei nicht wohl. Er bekommt Probleme mit der Polizei. Da war ihm klar: «Ich muss weg hier.» Seit 2002 lebt er in der Schweiz, heute spricht er fließend Baseldeutsch.

FERIEN. Die Ferien verbringt er oft in der Türkei bei der Familie. Dort hat er sich auch in eine Frau verliebt. Im letzten August haben die beiden geheiratet, vor drei Wochen zog seine Frau zu ihm nach Basel.



Taxifahrer **Hasan Kasarca (38)** kann im Winter etwas mehr verdienen – trotzdem hat er lieber Sommer

«Ich merke schnell, ob jemand plaudern will oder nicht»

Hasan Kasarca fährt meistens in der Nacht. Und während er auf Fahrgäste wartet, macht er Musik.

CHRISTIAN EGG | FOTOS CLAUDE GIGER
Oft ist es der viele Verkehr. Oder ein Velofahrer, der bei Rot über die Kreuzung fährt: Mit einer alltäglichen Bemerkung kommt Hasan Kasarca mit einem Fahrgast ins Gespräch – oder auch nicht: «Ich merke sofort, ob jemand plaudern will oder nicht», sagt der 38jährige Taxifahrer mit dem offenen Blick und dem schwarz-grauen Bart. Wenn einer lieber schweigen will, dann lässt er ihn auch.
Schon seit elf Jahren fährt er in Basel Taxi. Zuerst als Angestellter: Die ersten drei Jahre nach der Taxiprüfung darf man noch nicht selbständig fahren. Kasarca: «In der Zeit wirst du zum Profi.»

Sobald er konnte, machte er sich selbständig. «Das ist das Schönste an meinem Beruf», sagt er. «Niemand sagt mir, wie ich arbeiten muss und wann.» Er arbeitet fast immer in der Nacht, um sechs Uhr fängt er an. Unter der Woche ist um Mitternacht Schluss, am Wochenende oft erst um sechs Uhr morgens. Klar seien in der Nacht weniger Leute unterwegs, aber von denen brauchten mehr ein Taxi. Im Winter noch ein bisschen mehr. Deshalb ist der Winter für Tàxelerinnen und Tàxeler die beste Jahreszeit. Kasarca lacht und sagt: «Trotzdem habe ich den Sommer einfach lieber.»

MUSIK. Im Auto hat er oft seine Mey dabei: ein türkisches Blasinstrument, eine Mischung aus Flöte und Oboe. Wenn er auf Fahrgäste wartet, spielt er. «Musikinstrumente sind wunderbare Kollegen», sagt er.

«Wenn ich traurig bin, sind sie mit mir traurig. Wenn ich lustig bin, sind sie es auch.» Ein halbes Dutzend Instrumente hat er zu Hause. Früher, in der Türkei, hat er oft mit Freunden Musik gemacht.
In seinem weissen VW Golf musiziert er alleine. Das Auto ist blitzblank, Hasan Kasarcas ganzer Stolz. Früher hatte er einen Toyota Yaris, wie viele Tàxeler. Aber der sei viel zu eng, um ein Taxi zu sein: «Wenn drei Leute kommen und jeder hat einen Koffer, müssen sie das Gepäck auf die Knie nehmen. Das ist kein Komfort.»
Überhaupt sei das Taxigeschäft in Basel schwierig geworden, erzählt Kasarca. Hauptgrund sei die Dumpingkonkurrenz durch Uber. Etwa einen Drittel des Geschäfts habe das Taxigewerbe schon an den Dumpingfahrdienst verloren. Oft stiegen die Leute vor seinen Augen in ein Uber-Fahrzeug ein. «Wenn du zuschauen musst, wie dir eine Amateurin die Arbeit vor der Nase wegschnappt – das tut weh.»

MIT FAHNE. Weil er fast jede Nacht unterwegs ist, kennt er die Autonummern der meisten Uber-Fahrer. Jeden Transport, den er beobachtet, meldet er der Basler Unia-Stelle. Mehr noch: Wenn er per Zufall zusammen mit einem Uber-Taxi und einem Polizeiauto an derselben Kreuzung steht, springt er aus dem Wagen und macht die Polizei auf den Uber-Fahrer aufmerksam: «Dann sage ich, he, kontrolliert den, der macht illegale Personentransporte!» Dreimal sei ihm das schon gelungen, erzählt er und grinst. Insgesamt laufen in Zürich und

Basel derzeit über hundert Strafverfahren gegen Uber-Fahrer (work berichtete).
Klar, dass sich Kasarca in der Gewerkschaft engagiert. An einer Taxidemo gegen Uber entstand ein Foto, das ihn auf den Autodächern mit Unia-Fahnen zeigt. Die Fahrerinnen und Fahrer seien mit ihren Taxis am Messeplatz gestanden, erinnert er sich, eine unübersichtliche Situation: «Ich wollte den Menschen weiter vorne zeigen, was los ist. Deshalb bin ich hochgekllettert und habe die Fahnen geschwenkt.»

GÜNSTIG. Laut Basler Gesetz muss jeder Tàxeler einer Zentrale angeschlossen sein. Etwa zehn davon gibt es in Basel. Kasarcas Zentrale ist kaum bekannt, so dass er kaum je einen Auftrag von ihr bekommt. Er muss seine Kundschaft selber finden. Dafür ist die Zentrale günstig: Pro Monat muss er 140 Franken bezahlen.
Und das ist wichtig. «Ich weiss schon jetzt nicht, wie ich alle Rechnungen bezahlen soll», sagt Kasarca. Er hat ausgerechnet: Um über die Runden zu kommen, müsste er etwa 6000 Franken Umsatz machen pro Monat. Tatsächlich kommt er meist nur auf 3000 bis 4000 Franken. Davon bezahlt er Benzin, Versicherung, Gebühren, Sozialbeiträge, Steuern.
Und einfacher werde es nicht. Das Lachen verschwindet aus Kasarcas Gesicht, und er sagt: «Wenn es so weitergeht, muss ich zum Sozialamt.» Doch das will er nicht: «Ich bin jung und gesund und kann arbeiten.» Jetzt arbeitet er einfach mehr, damit es reicht. Meistens sechs Tage pro Woche.



AUF UND IM TAXI: Hasan Kasarca an der Anti-Uber-Demo letzten Frühling (links). Der Dumpingfahrdienst macht Kasarcas Geschäft schwierig. 6000 Franken Umsatz würde er brauchen, tatsächlich erreicht er meist weniger. DEMO-FOTO: UNIA



Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **Fax** 031 350 24 55. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Babis Agrolambos, Sina Bühler, Daniel Lampart, Michael Stötzel, Clemens Studer. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Tom Hänsel. **Korrektur** Urs Remund. **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.